

Verbands-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder
sowie der freien eingeschriebenen Hilfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Nr. 53

Erscheint alle Sonnabend.
Abonnementpreis Mfr. 1,50 pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 22,
Schmalenbeckerstr. 17. Fernspr. 5, 8246.

Hamburg,
Sonnabend, 31. Dezember 1910.

Anzeigen kosten die viergespaltene Zeile
oder deren Raum 40 Pfennig (der
Betrag ist stets vorher einzulösen).
Verbands-Anzeigen 20 Pfennig die Zeile.

24. Jahrg.

Dem neuen Jahre.

Gläser und Glocken läuten dich ein,
Zubeltöne durchdröhnen die Stille.
Du aber wandelst schweigend herein
Unter der antlitzverbergenden Hülle.
Mählich nur wirst du die Schleier lösen
Von deinem jungen, noch fremden Gesicht.
Bringst du uns Gutes nur? Dienst du dem
Bösen?
Wie wir auch fragen — du antwortest nicht.

Blind in dem Schoße noch ruhen die
Tage,
Die du uns mitternächtlich gebierst,
Die du ins Dunkel der seufzenden Plage
Ober in sonnige Fröhlichkeit führst.
Sterne werden den einen begrüßen,
Silberner Mondglanz den andern gewiß,
Über den dritten wird lauernd umfließen
Wetterdrohende Finsternis.

Heute gibst du uns frierende Blüten,
Die vergehn vor des Mundes Hauch,
Morgen werden die Stürme wüten
Wintermächtig in Baum und Strauch.
Lastender Schnee wird die Wolken zer-
brechen,
Flockenwirbel um Hütte und Haus,
Und über Hügel und ebene Flächen
Breitest die weißen Tücher du aus.

Dirgst du den heimlichen Tod im Gewande?
Über schon lachst du, dein Atem geht schnell:
Ueber die frierenden, trauernden Lande
Blitzet dein Auge erwärmend und hell.
Aus den feuchten, dampfenden Schollen
Ruffst du die Keime, ruffst du die Saat,
Streust uns mit deinen Händen, den
vollen,
Leuchtende Blumen auf Wiese und Pfad.

Blitze werden in flammenden Streifen
Ueber die wogenden Halme gehn,
Über endlich werden die reifen,
Goldenen Garben vor uns stehn.
Früchte wirst du uns lachend verheißen:
Fröhliche, satte Tage der Not;
Und wenn die Steine die Körner zerreißen,
Kieselt das Mehl, und es bräunt sich das
Brot.

Langsam verhaucht dann dein sterbendes
Leben
Und wenn die Sonne rötet den Wein,
Wirst du dich stürmend noch einmal erheben,
Wirst noch einmal Kämpferin sein.
Wirst noch einmal die Wahrheit uns prägen
Tief in den Sinn, daß er treu sie behält:
Narren nur hoffen, daß blühender Segen
Kampflos in darrende Hütten fällt! . . .

Gläser und Glocken läuten dich ein.
Zubeltöne durchdröhnen die Stille . . .
Blühen und Welken, Vergehn und Gedeihn
Bergen sich auch unter deiner Hülle.

Düstere Tage und sonnige Morgen
Wirst du in uraltem Wechsel bereiten:
Angerufen bringst du die Sorgen;
Über die Freuden, die müßt ihr erstreiten!

E. P.

**Zum bevorstehenden Jahres-
wechsel wünschen wir allen
unseren Kollegen, Freunden und
Mitarbeitern ein frohes Neujahr**
Der Vorstand :: Die Redaktion

An der Jahreswende.

Das seinem Ende zugehende Jahr war für die deutsche Arbeiterschaft ein Jahr außergewöhnlich großer Kämpfe. Bei seinem Beginn hatte die Krise ihren Höhepunkt überschritten, die Aussichten auf eine Besserung der wirtschaftlichen Lage waren günstigere geworden und es galt, eine weitere Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse anzustreben. Aber trotz andauernder Verteuerung aller notwendigen Lebensmittel geht das ganze Bestreben der Unternehmerverbände dahin, die Schaffung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Arbeiter zu verhindern. Die Inszenierung von Massenaußsperrungen, die künftig noch gewaltigere Dimensionen annehmen werden, bezwecken die Niederringung der Organisationen, die sich die Arbeiter geschaffen, die Sprengung der Massen der Verbände, um Mißmut in die Arbeitermassen zu tragen, damit diese das Vertrauen zu ihren Führern verlieren. Die große Bauarbeiterausperrung, die am 15. April begann und am 14. Juni durch den Schiedsspruch der drei Unparteiischen in Dresden ihren für die Bauarbeiter so ehrenvollen Abschluß fand und die vom August bis September dauernde Aussperrung der Werftarbeiter sind Beweise dafür, wie die Entwicklung zu Massenkämpfen drängt. Aus diesen letzten großen Kämpfen können wir aber auch die Lehre ent-

nehmen, daß der größte Gegner nicht zu fürchten ist, wenn die Massen wohlgerüstet und kampfbereit dastehen, ein gesunder Geist sie besetzt und sie stets im Hinblick auf die zu erringenden großen, gewaltigen Ziele Disziplin üben und ihren Vertrauensmännern das notwendige Vertrauen bewahren. Mehr denn je ist jetzt der geschlossene Zusammenhalt aller organisierten Arbeiter nötig, wo das gesamte Unternehmertum im Verein mit den reaktionären Parteien bemüht ist, daß aus Anlaß der Unruhen in Moabit Ausnahmegefetze gegen die Sozialdemokratie, Streik- und Zuchthausgefetze gegen die Gewerkschaften geschaffen werden. Wir gehen ersten Felten entgegen, darum ist es ein Gebot der Selbsterhaltung, daß die Arbeiter ihre Schuldigkeit tun.

Für das Malergewerbe stand das Jahr 1910 im Zeichen der Tarifbewegung, der Reichstarifvertrag trat in den Vordergrund. Die Vorverhandlungen um das Tariffschema waren beendet, am 4. Januar begannen die Verhandlungen um den materiellen Teil des Vertrags. Am 8. Januar fällten die unparteiischen ihre bekannten Schiedsprüche, die nun auf beiden Seiten einer allgemeinen Abstimmung der Mitglieder unterworfen wurden. In den nächsten Tagen mußte eine ungeheure Arbeitsleistung aller in den Verwaltungen und Agitationskommissionen tätigen Kollegen vollbracht werden, da niemand wissen konnte, ob der Reichstarif als ein Produkt der friedlichen Verständigung in unserm Beruf Eingang finden würde. Das Ergebnis war, daß die Mehrheit unserer Mitglieder sich für die Annahme entschied. Auch die im Februar in Dresden abgehaltene außerordentliche Generalversammlung nahm gegen wenige Stimmen die Schiedsprüche an.

War damit die Anerkennung des Reichstarifs auch gegeben, so hatte es aber mit der allgemeinen Durchführung noch gute Wege. In allen 238 Orten, die an der Bewegung beteiligt waren, bedurfte es aller Anstrengung, um die unsern Kollegen zustehenden Tarifrechte durchzuführen. Wir werden auf dies Kapitel noch besonders eingehen und daraus den Kollegen den Be-

weis liefern, daß auch ein abgeschlossener Tarif voranzsetzt, daß unsere Kollegen ständig auf dem Posten sein müssen, wenn sie die Vorteile genießen wollen. Die Arbeitgeber im Malergewerbe sind eben in ihrer Mehrheit zu einem so bedeutungsvollen Werke, wie es ein Reichstarif sein soll, noch nicht reif, es fehlt zum Teil am guten Willen, zum Teil an ihrer Organisation, daß jetzt nach Ablauf eines Jahres seit Einführung des Tarifs die Durchführung noch immer nicht vollzogen ist. So wird auch das kommende Jahr an unsere Kollegen hohe Aufgaben stellen, um das zu vollenden, was bisher noch nicht möglich war. Können wir auch auf weitere Fortschritte unsres Verbandes zurückblicken, so wollen wir doch nicht vergessen, daß unsere Reihen noch mehr gestärkt, die Finanzkraft des Verbandes noch weiter erhöht werden muß. Es trifft zu, wie Bebel sagt, daß die Aufgaben und Zwecke der Gewerkschaften um so gründlicher erreicht werden, je stärker dieselbe ist, das heißt je mehr Arbeitsgenossen aus dem gleichen Arbeitszweig ihr angehören, je geschickter ihre Leitung ist, je gefüllter ihre Kassen sind. Wobann ist auch ihre moralische Macht so stark, daß viele Zumutungen gegen die Arbeiter unterbleiben, die andernfalls gestellt würden. Die bloße Existenz der Gewerkschaft ist eine Mahnung an den Unternehmer, die Satten nicht zu straff zu spannen. Da ferner in der Fabrik und im gewerblichen Betrieb Arbeiter ohne Unterschied der religiösen und politischen Ueberzeugung, oft auch von verschiedener Nationalität beschäftigt werden, so muß die Gewerkschaft ihre Mitglieder ohne Rücksicht auf religiöse und politische Meinungen und nationale Abstammung aufnehmen. Zusammenschließen aller vorhandenen Gewerkschaften in eine Organisation, das muß das erste Gebot ihrer Politik sein, denn ohne Befolgung dieses Grundgesetzes kann sie ihre Aufgabe nicht oder nur ungenügend erfüllen.

Erfassen unsere Kollegen im kommenden Jahre so ihre Aufgabe, dann muß es vorwärts gehen, trockaladem.

Zu seiner „Wirtschaftlichen Rundschau“ schreibt H. Gahver: Das Jahr 1910 ist zu Ende. Was hat es wirtschaftlich den Arbeitern gebracht? Wer sich auf den Standpunkt stellt, daß trotz des Wandels der Konjunktur die Lage der Arbeiterbevölkerung nur wenige Veränderungen erleide, daß wesentliche Verschiebungen nicht eintreten oder gar eintreten können, für den wird es mühsam sein, die fortlaufenden Veränderungen des Beschäftigungsgrades, der Lage des Arbeitsmarktes zu verfolgen, für den hat auch das Streben keinen Sinn, den jährlichen Produktionsbetrag und seine Verteilung auf Kapital und Arbeit zu ermitteln. Wer aber der Meinung ist, daß die großen Fortschritte auf wirtschaftlichem und teilweise auch auf sozialem Gebiet sich aus der Summe zahlreicher kleiner Veränderungen ergeben, daß die gewerkschaftliche Klein- und Detailarbeit die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Aufstieg der Arbeiterbevölkerung bietet, der kennt den Wert einer systematischen und periodischen Wirtschaftskunde immer mehr schätzen. Denn sie zeigt den Arbeiterorganisationen jeden Augenblick die möglichen Wege für das nächste Ziel. Daher ist es nicht gleichgültig, festzustellen, wie sich die Lage des Arbeitsmarktes in einem bestimmten Jahre verändert hat, wie sich die Arbeitsgelegenheit, das Angebot und die Nachfrage, wie sich der Beschäftigungsgrad gestaltet hat und welche Aussichten die kommende Periode nach der ganzen Verfassung der zurzeit wirkenden wirtschaftlichen Machtfaktoren für die Arbeiterbevölkerung bietet.

Werfen wir zuerst einen Blick auf die Entwicklung des gewerblichen Beschäftigungsgrades im Jahre 1910, so fällt die sehr starke Zunahme der Beschäftigten auf. Unter Ausschaltung der monatlichen Schwankungen stieg am 1. November 1910 rund eine halbe Million Arbeiter im Gewerbe mehr tätig gewesen als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Diese Steigerung der Beschäftigten setzt nicht nur eine starke Zunahme der Arbeitsgelegenheit voraus, sondern sie bedingt gleichfalls wieder eine solche Zunahme, die in ihrem vollen Umfang wohl erst im nächsten Jahre zum Ausdruck kommen wird. Denn unter der Annahme, daß eine halbe Million Arbeitskräfte eine Million Mark arbeitstäglich verdient, macht der Jahresverdienst allein dieses Zuwachses an Arbeitskräften 300 Millionen Mark aus. Diese 300 Millionen bilden aber wieder das Einkommen der Geschäftsleute, von denen die Arbeiter ihren Bedarf eindecken, und von dort gehen die Summen wieder weiter an die Warenherstellung und geben dieser neue Aufträge, die sich in eine Vermehrung der Arbeitsgelegenheit umsetzen. Daß im Jahre 1910 die Zunahme der Beschäftigten so besonders stark war, erklärt sich daraus, daß das Jahr 1908 eine starke absolute Abnahme der Beschäftigten, das Jahr 1909 erst wieder eine normale Steigerung gebracht hatte. Das Jahr 1909 war ein Erholungsjahr, das noch nicht das vom Vorjahr vorhandene überschüssige Angebot des Arbeitsmarktes in Produktionprozess aufnehmen konnte. Deswegen stand der Arbeitsmarkt selbst am Ende dieses Jahres noch unter starkem Druck. Hier hat nun das Jahr 1910 eine starke Veränderung gebracht, indem sich der Zuwachs an Beschäftigten weit über die Ziffer hinausgehoben hat, die durchschnittlich vom jährlichen Bevölkerungszuwachs im gewerblichen Leben Arbeitsgelegenheit finden muß.

Die starke Zunahme der Arbeitsgelegenheit drückte sich auf dem Arbeitsmarkt zunächst in einem Anschwellen der Nachfrage aus. Besonders kräftig war die Steigerung im dritten Quartal, während sie im zweiten durch die Aussperrung im Baugewerbe merklich niedriger gehalten wurde. Im Vergleich zum Vorjahre nahm dagegen das Angebot erheblich weniger zu. Man bemerke wohl, daß trotz der Zunahme gegen 1909 sprechen. In diesem Jahre war das Angebot gegen 1910 das Angebot absolut genommen noch äußerst reichlich war. Aber doch wurde ein großer Teil des Ueberangebots durch die erhöhte Nachfrage aufgefangen, so daß der Andrang am Arbeitsmarkt im laufenden Jahre, allerdings unter Schrammungen, zurückging. Vor allem trat eine Störung in der Mindernehmung des Andrangs infolge des Konkurses im Baugewerbe ein. Sodann verursachte die erhöhte Nachfrage im dritten Quartal schon wieder einen rasch sich mehrenden Zuzug vom platten Lande, der leider auch noch im vierten Quartal anhält, sehr zum Nachteil des gewerblichen Arbeitsmarktes. Für die ersten elf Monate zusammen stellte sich der Andrang nach den vorläufig vorliegenden Daten auf 181,0 Arbeitstagen auf je 100 offene Stellen im Jahre 1910 gegen 147,7 im Jahre 1909. Freilich deckt sich dieser Generaldurchschnitt nicht mit der Lage in den einzelnen Gewerben bezogen. Hier zeigen sich noch äußerst starke Extreme. Wenn auch die Besserung gegenüber dem Vorjahre fast überall zu konstatieren ist, so gibt es doch noch zahlreiche Bezüge, in denen der absolute Andrang ganz ungewöhnlich über den allgemeinen Durchschnitt hinausgeht. So ist nur z. B. auf dem Arbeitsmarkt der Metallarbeiter vertrieben, wo die Verhältnisse noch recht ungünstig liegen. Es wird auch immer mehr eine Aufgabe der gewerkschaftlichen Tätigkeit werden müssen, auf die Verteilung des Anangebotes je nach der Lage des Arbeitsmarktes in den einzelnen Gewerben hinzuwirken, damit ein Aus-

gleich in der Höhe des Andrangs herbeigeführt werden kann. Steht man aber von den Verschiedenheiten in den einzelnen Gewerben ab, so stand die Gesamtentwicklung des Arbeitsmarktes im Zeichen der fortschreitenden Besserung und läßt auch für das kommende Jahr eine weitere Milderung des Andrangs erwarten.

Wenn man auch nur mit einiger Reserve in die Zukunft blicken kann, so ist eine solche Aussicht für den im wirtschaftlichen Kampfe stehenden Menschen doch absolut notwendig. Alle geschäftlichen Dispositionen basieren auf einer solchen Aussicht. Und je besser wir durch eine genaue Kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse und der wirkenden Machtfaktoren eine Prognose stellen können, desto erfolgreicher sind alle unsere Schritte im wirtschaftlichen Leben. Für 1911 läßt sich aber auf Grund einer eingehenden Diagnose des wirtschaftlichen Organismus und seiner Funktionen eine weitere Besserung des Arbeitsmarktes mit ziemlicher Bestimmtheit voraussagen. Nur ganz unerwartete Ereignisse und Vorgänge könnten die Auftriebskraft der günstig wirkenden Faktoren wesentlich lähmen. Mit solchen Ereignissen und Vorgängen haben wir aber zunächst nicht zu rechnen. Diese Prognose ist für die gewerkschaftliche Tätigkeit von großem Werte, da sie ergibt, daß das Jahr 1911 für eine Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ein geeigneter Zeitabschnitt werden muß. Selbstverständlich darf diese allgemeine Charakterisierung nicht mechanisch auf den einzelnen Fall angewandt werden. Jeder einzelne Fall bedarf der besonderen Prüfung nach Gewerbe, Ortlichkeit und Zeit. Aber auch für die Prüfung des einzelnen Falles ist der allgemeine Hintergrund des gesamten Arbeitsmarktes nicht gleichgültig, da von ihm starke Rückwirkungen auf die verschiedenen Gewerbe und die verschiedenen Gegenden und Orte ausgehen. Die zunehmende Besserung des Arbeitsmarktes anzunehmen und gleichzeitig darauf hinzuwirken, daß die Besserung nicht durch zu starken Zuzug vom platten Lande und vom Auslande gefährdet wird, das wird eine vornehme Aufgabe der gewerkschaftlichen Tätigkeit im Jahre 1911 sein müssen.

Die Tarifverträge im Deutschen Reiche.

Seit dem Jahre 1907 veranstaltet das Kaiserl. Statistische Amt alljährliche Fragebogenerhebungen über die Tarifverträge im Deutschen Reiche, nachdem sie von 1903 bis 1906 die in Geltung befindlichen Tarifverträge gesammelt und statistisch bearbeitet hatte. Die Erhebungen werden mit Hilfe der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände durchgeführt, indes ist der Anteil der letzteren so gering (1907: 13,2 Proz., 1908: 9,0 Proz.), daß ohne die Hilfe der Gewerkschaften die Statistik nicht durchgeführt werden könnte. Auch sind es von den verschiedenen Gewerkschaftsgruppen fast allein die freien Gewerkschaften, deren Tarife die Grundlage der Statistik bilden. Von 2090 pro 1909 abgeschlossenen Verträgen entfielen 2081 auf unsere Verbände. Die übrigen Gewerkschaftsgruppen sind in der Regel an den Tarifen nur mitbeteiligt.

Die große Bedeutung dieser Tarifvertragsstatistik liegt nicht nur in der Bedeutung des Tarifvertragsproblems an sich, als einer volkswirtschaftlichen und rechtlichen Neuerung, sondern vor allem auch in der statistischen Erfassung des Inhalts der Tarifverträge über Arbeitsdauer, Arbeitslöhne, Lohnsysteme usw. Wird diese Statistik in der richtigen Weise durchgeführt und bearbeitet, so können wir auf diesem Wege zu einer sehr brauchbaren Statistik der Arbeitsdauer und Arbeitslöhne der gewerblichen Arbeiterschaft. Daß dies keine Uebertreibung ist, ergibt sich aus der Tatsache, daß im Jahre 1909 bereits mehr als 1 Million gewerblicher Arbeiter in tariflich geregelten Arbeitsverhältnissen standen und daß der Geltungsbereich der Tarifverträge sich von Jahr zu Jahr erweitert. Schon das Jahr 1910 mit seiner großen Tarifbewegung im Baugewerbe hat eine erhebliche Erweiterung des Tarifbereiches gebracht und der neu eintretende Wirtschaftsaufschwung wird die Zahl dieser Verträge halb verdoppeln. Schon heute umfassen diese Verträge 1 074 778 Arbeiter, also etwa 10,5 Prozent der 10 516 650 Arbeiter in Industrie und Handel. Von Jahr zu Jahr wird ein wachsender Teil dieser Arbeiterschaft erfasst und damit eine immer vollkommener Statistik der Arbeitsbedingungen möglich sein. Allerdings nur der tariflich vereinbarten Arbeitszeit und Löhne, nicht der wirklich geltenden. Aber liegt die letztere noch weit im Felde, so weisen die Tarifverträge auch im ausgleichenden Sinne, so daß diese Statistik schon eine sehr brauchbare Uebersicht ergeben würde.

Leider ist die amtliche Tarifvertragsstatistik noch nicht so weit. Sie gibt nämlich keine Darstellung des Vertragsinhalts aller in Geltung befindlichen Tarifverträge, sondern nur der im Berichtsjahre in Kraft getretenen Verträge. Da solche Verträge vielfach auf die Dauer mehrerer Jahre abgeschlossen sind, so ändert sich von Jahr zu Jahr der bearbeitete Tarifbereich derart, daß jeder Vergleich erschwert ist. Um statistische Vergleiche der Tarifergebnisse der einzelnen Jahre zu ermöglichen, mußte alljährlich der gesamte Tarifbestand in die Bearbeitung einbezogen werden. Das geschieht leider erst nur hinsichtlich der Zahlen der Tarifverträge, Betriebe und Arbeiter, nicht aber hinsichtlich der Angaben über Arbeitsdauer, Lohnsysteme, Arbeitslöhne, Lohnzuschläge und dergl. Eine Vervollständigung der Tarifstatistik in dieser Hinsicht wäre sehr erwünscht, weil dann erst diese Statistik ihre eigentliche Aufgabe erfüllen kann, ein Gradmesser der vertraglich geregelten Arbeitsverhältnisse im Deutschen Reiche zu werden.

Das „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ unterzieht von diesem Gesichtspunkte aus die deutsche Tarifvertragsstatistik in

feiner statistischen Weise Nr. 9 einer eingehenden Bearbeitung. Es stellt die wesentlichsten Ergebnisse der Sammelstatistiken von 1903, 1905 und 1906, sowie der Fragebogenstatistiken von 1907, 1908 und 1909 zusammen und weist daraus nach, wie bevorzugt bedürftig diese Statistik noch ist. Durch die Veröffentlichung in den statistischen Beilagen will das Blatt die Aufmerksamkeit der Gewerkschaftskreise und Arbeiterpresse auf die hohe Bedeutung dieser Statistik lenken und diese Kreise zur Mitarbeit an der Verbesserung derselben anregen.

In der Tat verdient diese Statistik die Beachtung der weitesten Arbeiterkreise. Sie erstreckte sich Ende 1909 auf einen Bestand von 6578 Tarifen für 137 214 Betriebe mit 1 074 778 Personen. Davon waren im Jahre 1909: 2360 Tarife für 30 766 Betriebe mit 256 116 Personen in Kraft getreten. Zählt man die denselben Betriebs- und Personenzahlen betreffenden Tarife, die von mehreren Organisationen eingegangen sind, nur einmal, so vermindert sich die Zahl für 1909 auf 2090 Tarife für 24 209 Betriebe mit 230 195 Personen.

Von diesen im Tarifbereich pro 1909 tätigen Arbeitern entfielen 38,7 Proz. auf das Baugewerbe, 14,3 Proz. auf die Metall- und Maschinenindustrie, 10,4 Proz. auf die Bekleidungsindustrie, 8,6 Proz. auf die Nahrungsmittel- und 8,5 Proz. auf die Holzgewerbe. Im Durchschnitt kamen auf jeden Tarifvertrag 110,1 Arbeiter (1908 = 201,10), und auf jeden tariflichen Betrieb 9,5 Arbeiter (1908 = 9,9). Auf Kleinbetriebe bis zu 5 Personen entfielen 28,7 Proz. (1908 = 27,5 Proz.) auf Großbetriebe über 50 Personen 9,7 Proz. (1908 = 9,0 Proz.) aller zu Tarifbedingungen beschäftigten Arbeiter. 1457 Tarife (69,7 Proz.) waren Firmentarife, 334 (16,0 Proz.) Ortsstarke, 253 (12,1 Proz.) Bezirksstarke und 5 Reichstarife. Die Firmentarife vereinigten indes nur 19,9 Proz. der tariflichen Betriebe und 29,2 Proz. der tariflichen Arbeiter. Das System der Firmentarife ist in der Zunahme begriffen und besonders im Brauergewerbe, in der Textilindustrie, im Bau- und Verkehrsgewerbe üblich.

Von organisierten Kontrahenten sind auf Arbeiterseite 1497 = 71,6 Proz., auf beiden Seiten nur 458 = 21,3 Proz. der Tarife abgeschlossen. 1499 Tarife wurden friedlich, 599 erst nach Kämpfen herbeigeführt. In der Textilindustrie gelang kein einziger Tarifvertrag ohne Kampf. Hier stehen den Arbeitgebern nicht weniger als 48 Streikversicherungsgesellschaften zur Seite; da gibt es so leicht keine friedlichen Tarifverträge. Trotzdem mußten die Arbeitgeber in 175 Verträge einwilligen.

Die Vertragsdauer währte bei 77,5 Proz. aller Verträge 1—2 Jahre, bei 6,7 Proz. länger, bei 7,8 Proz. länger, bei 8,0 Proz. unbestimmt. Die Kündigungs- und Unterhandlungsfrist überstieg selten 3 Monate. Hinsichtlich der Arbeitsdauer und Arbeitslöhne seien die Hauptergebnisse seit 1903 in Kürze zusammengefaßt:

- 1903: Arbeitsdauer bis zu 10 Stunden täglich: 91,9 Prozent der Tarife, längere Arbeitsdauer 8,9 Proz. der Tarife.
- 1905: Arbeitsdauer bis zu 10 Stunden täglich: 73,5 Prozent, längere Arbeitsdauer 8,3 Proz., unbestimmt 18,2 Proz. der Tarife.
- 1906: Arbeitsdauer bis zu 10 Stunden täglich: 83,9 Prozent, längere Arbeitsdauer 11,6 Proz., unbestimmt 2,5 Proz. der Tarife.
- 1907: Arbeitsdauer bis zu 10 Stunden täglich: 94,6 Prozent, längere Arbeitsdauer 5,4 Proz. der Arbeiter.
- 1908: Arbeitsdauer bis zu 10 Stunden täglich: 90,2 Prozent, längere Arbeitsdauer 3,2 Prozent, unbestimmt 6,7 Prozent der Arbeiter (Sommer).
- 1909: Arbeitsdauer bis zu 10 Stunden täglich: 89,2 Prozent, längere Arbeitsdauer 6 Proz., unbestimmt 4,8 Prozent der Arbeiter (Sommer).

Sind diese Prozentziffern auch nicht streng statistisch vergleichbar, da die Ziffern bis 1906 sich auf die Zahl der Tarife, die von 1907 ab sich auf die Zahl der Arbeiter erstrecken, und weiterhin die Ziffern von 1906 ab nur die im Berichtsjahre in Kraft getretenen Tarife betreffen, so läßt sich doch schon aus dieser Zusammenstellung unzweifelhaft das Streben nach Ausdehnung der längeren als zehnstündigen Arbeitszeit erkennen.

Auf dem Gebiete der Stunden- und Wochenlöhne hatten die seitherigen Statistiken folgendes Ergebnis:

- Es waren Stundenlohnsätze vereinbart für männliche Arbeiter:
 - 1903 (meist Baugewerbe): über 45 Pfg. Stundenlohn hatten 38,0 Proz.; zwischen 35 bis 45 Pfg. hatten 33,7 Prozent und einen solchen bis zu 35 Pfg. hatten 28,3 Prozent der Tarife.
 - 1905 (nur Baugewerbe): über 45 Pfg. Stundenlohn hatten 38,6 Proz.; 36 bis 45 Pfg. hatten 40,2 Proz. und bis zu 35 Pfg. hatten 21,2 Prozent der Tarife.
 - 1906: über 45 Pfg. Stundenlohn hatten 37,4 Proz.; von 36 bis 45 Pfg. hatten 31,9 Proz. und bis zu 35 Pfg. hatten 30,7 Proz. der Arbeiter.
 - 1907: über 45 Pfg. Stundenlohn hatten 45,3 Proz.; von 36 bis 45 Pfg. hatten 39,3 Proz. und bis zu 35 Pfg. hatten 14,4 Proz. der Arbeiter.
 - 1908: über 45 Pfg. Stundenlohn hatten 42,1 Proz. der gelerntten und 23,5 Proz. der ungelerten Arbeiter; von 36 bis 45 Pfg. hatten 32,2 Proz. der gelerntten und 29,5 Proz. der ungelerten Arbeiter und bis zu 35 Pfg. hatten 25,7 Proz. der Gelenkten und 47,0 Proz. der Ungelerten (Arbeiter).
 - 1909: über 45 Pfg. Stundenlohn hatten 50,9 Proz. der gelerntten und 29,4 Proz. der ungelerten Arbeiter; zwischen 36 bis 45 Pfg. hatten 32,1 Proz. der Gelenkten und 41,7 Proz. der Ungelerten und bis zu 35 Pfg. hatten 11,6 Proz. der Gelenkten und 34,9 Proz. der Ungelerten (Arbeiter).

Hinsichtlich der Wochenlöhne ist eine solche Uebersicht erst für die Zeit von 1907 ab möglich, da für 1903 und 1905 keine einheitlichen Angaben vorliegen und für 1906 die Angaben in andre Lohnklassen eingeteilt sind. Es waren Wochenlöhne vereinbart für männliche Arbeiter:

- 1907: Ein Wochenlohn über 35 Mk. war vereinbart für 42 Proz., ein solcher von 25,01 bis 35 Mk. für 36,7 Prozent und ein solcher unter 25 Mk. für 59,1 Proz. der Arbeiter.
- 1908: Ein Wochenlohn von mehr als 35 Mk. war vereinbart für 8,1 Proz. der Gelenkten und 0,0 Proz. der ungelerten Arbeiter; ein solcher von 25,01 bis 35 Mk. für 29,2 Proz. der Gelenkten und 9,8 der Ungelerten und ein solcher bis zu 25 Mk. für 67,5 Proz. der Gelenkten und 89,4 Proz. der Ungelerten.

1909: Ein Wochenlohn von mehr als 35 Mk. war vereinbart für 8,1 Proz. der gelernten und 0,5 Proz. der ungelerten Arbeiter; ein solcher von 25,01 bis 35 Mk. für 46,5 Proz. der Gelernten und 36,9 Proz. der Ungelernten und ein solcher bis zu 25 Mk. für 45,4 Proz. der Gelernten und 63,1 Proz. der Ungelernten.

Für Arbeiterinnen wurden Stundenlöhne vereinbart:

1908: Mehr als 30 Pfg. pro Stunde hatten 1,8 Proz. der Gelernten und 0,7 Proz. der Ungelernten. 21-30 Pfg. hatten 29,4 Proz. der Gelernten und 11,3 Proz. der Ungelernten. 11-20 Pfg. hatten 33,7 Proz. der Gelernten und 43,2 Proz. der Ungelernten. Unter 10 Pfg. hatten 35,1 Proz. der Gelernten und 44,4 Proz. der Ungelernten.

1909: Mehr als 30 Pfg. Stundenlohn hatten 42,4 Prozent der Gelernten und 1,1 Proz. der Ungelernten. 21-30 Pfg. hatten 33,1 Proz. der Gelernten und 48,3 Prozent der Ungelernten. 11-20 Pfg. hatten 24,5 Proz. der Gelernten und 40,8 Proz. der Ungelernten und unter 10 Pfg. nur 0,0 Proz. der Gelernten und 10,2 Proz. der Ungelernten.

Bei den Wochenlöhnerinnen war für 1908: 71,2 Proz. der gelernten und 31,6 Proz. der ungelerten Arbeiterinnen, 1909 dagegen nur für 21,7 Proz. der Gelernten und 27,9 Proz. der ungelerten Arbeiterinnen ein Wochenlohn bis zu 10 Mk. vereinbart. Der höchsten Lohnklasse über 15 Mk. gehörten 1908: 4,2 Proz. der Gelernten und 2,5 Proz. der ungelerten, 1909 dagegen 56,7 Proz. der Gelernten und 1,3 Proz. der ungelerten Arbeiterinnen an.

Auch hier ist ein erhebliches Anwachsen der höheren Lohnklassen und ein Zurücktreten der niedrigeren Lohnklassen unverkennbar. Zu eingehenderen Vergleichen reicht indes diese Statistik aus den bereits eingangs erwähnten Gründen nicht aus. Wieviel wertvoller wäre eine solche Statistik, die über Arbeitsdauer und Arbeitslöhne im gesamten Tarifbestand vollen Aufschluss gibt.

Auch die Lohnzuschläge für männliche und weibliche Arbeiter bei Ueberstunden-, Nacht- und Sonntagsarbeit haben vielfach tarifliche Regelung gefunden, vor allem im Baugewerbe sowie in den Holz- und Metallgewerben. Ihre Wiedereinführung würde hier zu weit führen; wir verweisen die Interessenten auf die Statistische Zeitschrift Nr. 9 im „Corr.-Blatt“.

Einigungs- und Schlichtungsorgane sind in 1117 (1908: 1154) Tarifen festgesetzt. Am meisten finden sich diesbezügliche Bestimmungen in den Tarifen der Baugewerbe und Nahrungsmittelgewerbe. Sie sind aber nicht lediglich vom örtlichen Geltungsbereich abhängig, denn in den Firmentarifen ergab sich eine bedeutende Zunahme, in den Orts- und Bezirksstarifen ein Rückgang der Tarife mit Einigungsorganen.

Mag die Tarifvertragsstatistik auch noch recht mangelhaft und des Ausbaues bedürftig sein, — so zeigt doch allein schon die große Zahl der Tarife, der tariflichen Verträge und der tariflich beschäftigten Arbeiter die große Bedeutung des Tarifproblems. Mehr als eine Million gewerblicher Arbeiter arbeitet unter Tarifverträgen; in wenigen Jahren dürfte ihre Zahl sich auf das Doppelte gesteigert haben. Die Bedeutung der Gewerkschaften als Schöpfer eines neuen Arbeitsrechts kann nicht schlagender bewiesen werden, als durch diese Ergebnisse. Angesichts solcher Tatsachen muß das Geschick gewisser Kreise nach neuen Ausnahme- und Zuchthausgesetzen wirkungslos verkommen. Die Gewerkschaften haben ein so breites Fundament gemeinnütziger Tätigkeit unter sich, daß sie keinen Blutes den Anwürfen der Arbeiterfeinde standzuhalten vermögen. Eine Million Arbeiter in tariflich geregelten Verhältnissen — das bedeutet die Sicherung der wirtschaftlichen Lage von 3-4 Millionen Einwohnern, das bedeutet die Vermeidung von zahllosen Differenzen, die zu Rechtsstreitigkeiten und Ausständen führen würden, das bedeutet endlich ein gewaltiges Stück Erziehung von Arbeitern und Arbeitgebern, für die der Staat den Gewerkschaften gar nicht dankbar genug sein kann.

Des Scharfmachers Schwanengesang.

Mit dem 1. Januar verschwindet, wie wir bereits mitteilten, der Generalsekretär des Zentralverbandes deutscher Industrieller, der Oberscharmacher Bued, von der Bildfläche. In der letzten Delegiertenversammlung des Zentralverbandes hielt er eine Abschiedsrede, die wir, mit einigen Randbemerkungen versehen, unseren Kollegen nicht vorenthalten wollen, da sie uns einen Einblick gewährt in den Gedankenkreis des deutschen Scharfmachertums und uns gleichzeitig zeigt, mit welchen Hoffnungen und Entwürfen für die Zukunft die arbeiterfeindliche Ausbeuterpolitik sich trägt.

In seinen einleitenden Sätzen beklagt es Bued, daß der Zentralverband deutscher Industrieller noch lange nicht den Einfluß besitze, der ihm zukomme. Offenbar sind ihm also Regierungen und Behörden noch nicht scharfmacherisch und arbeiterfeindlich genug. Diesen mangelnden Einfluß führt er darauf zurück, daß es an den nötigen Geldmitteln fehle, weil die einzelnen Industriellen für ihre Interessenvertretung zu wenig Opfer brächten. Als nachahmenswertes Beispiel stellt er die Arbeiterbewegung hin. Er sagt nämlich: „Wenn Sie wissen wollen, was Opferwilligkeit bedeutet, so richten Sie Ihre Blicke auf die Sozialdemokratie und die sozialdemokratischen Gewerkschaften. Das an sich höchst mangelhafte und von den Behörden noch mangelhafter ausgeführte Sozialistengesetz hatte die Sozialdemokratie schwer niedergedrückt. Aber als das Sozialistengesetz 1890 lang- und langsam aufhörte, sind die Gewerkschaften, die damals 237.094 Mitglieder umfaßten, bald enorm gewachsen. Wir können heute mit rund zwei Millionen organisierten sozialdemokratischen Gewerkschaftsmitgliedern rechnen. Dazu kommt noch eine halbe Million christliche und kirchlich-dunklerische Gewerkschafter. Trotzdem die Sozialdemokratie das Schlagwort von der Verleumdung der Massen hat fallen lassen, bilden in der Nation die Schlagworte „Scharfmacher“, „Auspressung und Ausbeutung der Arbeiter“ usw. das Äquivalent für die Verheerung und die Ausreizung zum Streik. Das hält aber die Gewerkschaften nicht ab, Steuern von den Mitgliedern zu erheben, die die Steuern des Staates um ein mehrfaches übertreffen. Die Gewerkschaften hatten im letzten Jahre 50 1/2 Millionen Mark Einnahmen und 46 1/2 Millionen Mark Ausgaben. Im vorigen Jahre haben sie allein

für Streiks 13 1/2 Millionen Mark ausgegeben, und haben noch ein Vermögen von 43 1/2 Millionen Mark. Der Staat läßt die Einkommen bis zu 900 Mark von jeder Steuer frei. Die Sozialdemokratie schont keines ihrer Mitglieder, auch nicht die am schlechtesten und elendesten gestellten. Sie erhob im Jahre 1909 im Durchschnitt 27,57 Mark von jedem Mitglied.“

Wir gönnen dem ausrangierten Unternehmertum seinen Nerger über die Erfolge der deutschen Arbeiterbewegung in den letzten 20 Jahren und über die Opferwilligkeit der deutschen Proletarier, die sie in ihrem Befreiungskampfe bewiesen haben und noch beweisen. Wir wollen mit ihm auch nicht streiten über den Unterschied zwischen den Steuern, die der Staat fordert, und das Proletariat niederzuhalten, und jenen Steuern, die die organisierten Arbeiter sich selbst auferlegen, um sich aus dem Elend zu befreien. Es wäre nutzlos, mit einem Manne zu streiten, der unfähig ist, das Wesen der modernen Arbeiterbewegung und den Idealismus der vom Geiste des Sozialismus erfüllten Arbeiter zu erfassen. Wer Jahrzehnte hindurch gewerkschaftlich und gewohnheitsmäßig Selbstzweckinteressen vertreten hat, dem fehlt eben das Verständnis und das Empfinden für proletarische Ideale.

Nachdem der Redner in althergebrachter Weise die Sozialdemokratie als die Umsturzpartei und die Vernichterin aller Kultur angeschwärzt — oder sagen wir richtiger — verleumdete hatte, sprach er mit gekünstelter Reide von den Erfolgen der Gewerkschaften: „Ich habe früher die Ansicht vertreten, daß auch selbst die stärksten Gewerkschaften der vereinigten Arbeitgebererschaft gegenüber nicht bestehen könnten. Diese Ansicht habe ich heute nicht mehr. Namentlich haben drei Kämpfe des letzten Jahres so deprimierend auf mich gewirkt. Der erste war die Ausperrung im Baugewerbe. Die Ausperrung war überhaupt sehr gewagt, sie wurde nur in Sachsen und Süddeutschland mit einiger Schärfe ausgeführt. Sie war mangelhaft vorbereitet, Gelder waren nicht vorhanden. Es handelte sich immerhin um 180.000 Arbeiter, die ausgesperrt waren, und das wirkte natürlich auf das Wirtschaftsleben ungünstig. Daher hat das Reichsamt des Innern erfolgreich vermittelt. Es kam ein Ausgleich zustande, der aber mit einer Niederlage der Arbeitgeber gleichbedeutend ist. Es gehört zum Ausgleich das Zugeständnis, daß in drei Jahren die Löhne erhöht werden sollen. Eine solche Lohnerhöhung hängt doch aber von der Konjunktur ab. Ich habe den Mut der Herren vom Reichsamt bewundert, die die Garantie übernommen haben, daß die Arbeitgeber in drei Jahren instande sein werden, die Löhne zu erhöhen. Das Eingreifen der Reichsregierung in die Kämpfe der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist verfehlt. Bei derartigen Kompromissen zehrt der Arbeitgeber immer den kürzeren. Die Arbeiter haben nichts weiter zu tun, als möglichst hohe Forderungen zu stellen, weil sie wissen, daß bei der Vermittlung beide Teile nachzugeben haben. Da werden immer die Arbeitgeber trotz ihres besten Rechtes die Kosten zu tragen haben. Die Behörde sollte sich daher in solche Streitigkeiten nicht einmischen, und die Arbeitgeber würden gut tun, sich auf solche Vermittlungen nicht einzulassen. Wenn der Kampf der Arbeiter zu einer Niederlage der Arbeitgeber geführt und auch die Ausperrung der Straßenbahnangestellten in Bremen hat mit einem Siege der Arbeiter geendet.“

Es muß bitter sein für den alten, grauköpfigen Scharmacher, daß er in seinem Schwanengesange die Erfolge der organisierten Arbeiter Deutschlands, wenn auch widerwillig, anerkennen muß. Aber er verzweifelt nicht und am Grabe noch flüstert er die Hoffnung auf. „Welches sind die Lehren, die wir daraus zu ziehen haben?“ fragt er und antwortet: „Einmal die, daß die bis ins kleinste und mustermäßig geregelte Organisation der Arbeiter sich zu einer fürchtbaren Macht entwickelt hat. Mit Ausperrung zu drohen, ist nicht mehr zweckmäßig, da lachen die Leute darüber. Mit kleinen Ausperrungen werden sie dank ihrer mächtigen Organisation fertig. Aber immerhin würde bei einer Ausperrung von 460.000 Metallarbeitern der Sieg auf unserer Seite gewesen sein. Es handelt sich da um zwei Millionen Männer, die täglich gefüttert werden müßten. Da würden die 50 Millionen der Gewerkschaften halb draufgegangen sein. Der Sieg wäre den Arbeitgebern sicher gewesen. Aber der großen Mehrzahl der Industriellen fehlt noch die Einsicht in die Lage und die Opferwilligkeit. Die jetzige Lage stellt den Arbeitgeber vor die Notwendigkeit, sich trotz aller aus erbärmlichen kleinen Motiven herbeigeführten Spaltungen der Industrie fest zusammenzuschließen, um mit unerschütterlichem Willen die Gewerkschaften zu vernichten und niederzuschlagen, oder aber er muß sich unter die Aufsicht der sozialdemokratischen Hege und Anführer und unter die Kontrolle der gewerkschaftlichen Vertrauensleute stellen. Wenn das gelungen ist, dann hat die Sozialdemokratie ihre erste bedeutende Etappe erreicht zu ihren Zielen.“

Der Haß gegen die Arbeiter und ihre nur zu berechtigten Bestrebungen macht den Alten blind und darum lächeln wir darüber, wenn er wie ein zahloser Wolfshund seine Klumpen zum erbärmungswürdigen Kampfe anfeuert. Wir lachen, wie er mit Recht sagt, über seine Drohungen und wenn man versuchen sollte, sie wahr zu machen, so fürchten wir uns auch dann nicht. An den Arbeiterorganisationen werden sich noch ganz andere Leute als Bued und Konsorten die Zähne kaputt beißen.

In seiner weiteren Rede untersucht Bued, wer denn eigentlich die Schuld an dem Unheil trägt. „Wie ist es gekommen, daß zwei Millionen sozialdemokratisch organisierte die fünfmal größere Zahl der übrigen gewerblichen und industriellen Arbeiter beherrschen, und daß sie dieselben ihren gewerblichen Zielen dienstbar machen können? Das ist darin zu erblicken, weil eine eigentümliche sozialistische Geistesrichtung, namentlich in unsrer Wissenschaft und Nationalökonomie, vorherrscht und damit Einfluß auf die Gebildeten bekommen hat, und weil in den sozialpolitischen Gesetzen der Sozialdemokratie fortgesetzt Vordruck geleistet wird. Das Koalitionsrecht ist zum Koalitionszwang geworden, der Arbeitswillige ist vogelfrei. Durch das Streikpostenrecht sind die Arbeitswilligen straflos dem bösen Willen der Genossen preisgegeben. Wir haben oft genug um Abhilfe gebeten, aber immer vergebens. Die höchsten Stellen in den Bundesstaaten und in der Reichsregierung sind der Ansicht, daß die bestehenden Gesetze genügen, um den Schwand

und Untaten der Sozialdemokratie entgegenzutreten. Nützlich war ich in dem Industrie-Städchen Eisenburg, da schmachtet die ganze Einwohnerschaft unter der Tyrannei der Gewerkschaften. Sogar der Barbier fürchtet sich, den Arbeitswilligen den Bart abzunehmen.“

Die Zuhörer waren ganz entrüstet über den Terrorismus der Arbeiter und sie empfanden lebhaftes Mitleid mit den armen Streikbrechern in Eisenburg, die mit struppigen Stoppelbärten herumlaufen müssen. Warum hat niemand daran gedacht, den armen Kerlen eine Maschinemaschine zum Selbststrafieren zu verschicken? Auch selbst kann sich mit solch kleinen Sachen nicht abgeben, er hat besseres zu tun. Er stellt sich als der geistige Vater des verflochtenen Zuchthausgesezes hin, dessen Fall er bedauerte. „Seit dieser Vorlage ist kein Versuch mehr gemacht worden, der Sozialdemokratie wirksam entgegenzutreten. Wir haben inzwischen aber mit Gesetzen zu tun gehabt, mit denen das System der Vorschubleistung der Sozialdemokratie weiter ausgebaut wurde. Unter diesen Umständen hat die Sozialdemokratie mit rücksichtsloser Brutalität und Dreistigkeit ihre Ziele öffentlich vertreten. Sie hat sogar offen, ohne daß sie bestraft wurde, den Umsturz der Gesellschaft und die Beseitigung der Monarchie vertreten. Durch die ihr gewährte Nachsicht und Duldung hat die Sozialdemokratie das Recht auf die Straße sich fast erobert. Die vierjährige Revolution in Moabit hat gezeigt, wie tief Ansehen und Autorität schon gesunken sind. Auch hier waren das Streikpostenwesen und die damit verbundenen Ausschreitungen die Ursache der Vorgänge. Wenn die Mächthaber trotzdem die bestehenden Gesetze für ausreichend erachten, so haben sie keine Gelegenheit gehabt, die Wirkungen kennen zu lernen. Der Arbeitswillige kann halb tot geschlagen werden, keine Macht der Welt wird ihn veranlassen, Anzeige zu erstatten; denn dann würde er mit seiner Familie der Nachsicht und der Verleumdung ausgesetzt sein. Zu allem tritt die Verheerung durch Wort und Schrift und die ungebundene Freiheit in Wort und Schrift.“

Noch einmal brachte sich der alte Scharfmacherhänfling in empfehlende Erinnerung: „Alle diese Verhältnisse haben Ihr Direktorium veranlaßt, das Obium auf sich zu nehmen, als scharfste Scharfmacher, als dümmste Reaktionsäre verschrien zu werden, indem es Maßnahmen hiergegen verlangte. Aus einem Mundschreiben haben Sie bereits ersehen, daß das Direktorium bei der Reform des Strafrechts verschärfte Strafbestimmungen gegen die Untaten der Sozialdemokratie zu verlangen an der Zeit erachtet. Ich gehe aber noch weiter, ich erachte auch besondere Gesetze für notwendig. Die Regierung mußte dann aber anders vorgehen als bei der sogenannten „Zuchthausvorlage“. Sie mußte dann erst alle verfassungsmäßigen Mittel anwenden, um zu sehen, ob der Reichstag nicht doch gefügig wird, und wenn das nicht gelingt, würde die Regierung die Verantwortung von sich abzuwälzen haben. Wenn erst durch scharfe Strafen die Sozialdemokratie für ihre Untaten zur Verantwortung gezogen wird, wenn die Arbeitswilligen erhobenen Hauptes auf der Straße gehen werden, was eigentlich in einem Rechtsstaate selbstverständlich sein sollte, erst dann werden auch die Industriellen instande sein, an ihrem Teil für Recht und Gesetz mitwirken zu können. Davon sind wir aber heute noch weit entfernt.“ Und dann schloß der Redner: „Überwinden Sie die Spaltung in der Industrie, schließen Sie sich kräftig zusammen. Bedenken Sie, daß ein fürchtbarer Entscheidungskampf noch zu kämpfen ist, daß unendliche Opfer notwendig sind, um den Sieg zu erringen. Wenn Sie aber den Sieg errungen haben, werden die kommenden Geschlechter Sie betrachten als die Retter von Staat und Gesellschaft und vor allem als Retter unsrer hohen Kultur, die zugrunde gehen müßte, wenn die Sozialdemokratie das Zepter in die Hand bekommen würde.“

Wenn sich die Kapitalproben und Scharfmacher als Retter der Kultur aufspielen, so erregt das unsre Seitenleid, wenn sie aber zum Kampf aufrufen, so werden sie dadurch die Arbeiter nur noch mehr zusammenschweißen. Der feste Zusammenhalt der Arbeiter und ihre Befreiung aus materiellem und körperlichem Elend kämpfenden Arbeiterklasse wird die Antwort sein auf den Kampf der Scharfmacher und Kapitalproben.

Die Unfallversicherung in der Reichstagskommission.

Der große Gesetzentwurf der Arbeiterversicherung, die Reichsversicherungsordnung, teilt die einzelnen Versicherungsarten, soweit nicht ein gemeinsames Verfahren und einheitliche Vorschriften für den organisatorischen Aufbau in Betracht kommen, in drei große Gruppen ein: die Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung; der letzteren ist der neue Zweig der Versicherung, die Hinterbliebenenversicherung, angegliedert. Die Reichstagskommission, die sich während der Beratung des Reichstages mit der Beratung des Gesetzentwurfs zu beschäftigen hatte, konnte ihre Arbeiten nicht beenden, sie mußte sich mit einer ersten Lesung der Vorlage begnügen und erledigte nunmehr vor einigen Tagen die zweite Lesung der Unfallversicherung, der außer der Reihenfolge als am wenigsten strittige Objekt der Vorang in der Beratung gestattet wurde.

Das gegenwärtige Gesetz enthält den großen Fehler, daß die Versicherungspflicht für zahlreiche Handwerksbetriebe ausgeschlossen ist. Das Bestreben unsrer Parteigenossen ging dahin, diese Lücke im Gesetz zu beseitigen, um eine Versicherungspflicht für alle Arbeiter zu erzielen. Dem Einwand, daß das Handwerk diese Kosten nicht tragen könne, wurde entgegengestellt, daß schon heute für einige Handwerksbetriebe, z. B. Schlosser, Schmiede, Fleischer u. a., die Versicherungspflicht besteht und dort die Lasten getragen werden. Wo indes keine erhebliche Unfallgefahr besteht, werden die Lasten für die Versicherung auch gering sein. Da aber die Regierung hier entschiedenen Widerpruch erhob und die Konservativen, Nationalliberalen und das Zentrum ihre Unvereinbarkeit mit der Regierung bekundeten — was übrigens sehr oft noch im Laufe der Verhandlungen geschah — so wurde der Antrag abgelehnt und nur einige kleine Erweiterungen der Versicherung vorgenommen. Es bleibt somit bei der schweren Ungerechtigkeit, daß ein Arbeiter, der im Handwerksbetrieb einen Unfall erleidet, keinen Anspruch auf Ersatz des Schadens hat. Da eine allgemeine Kinetbeziehung des Handwerks nicht zu erzielen war, so beantragten unsre

Genossen für einige Gewerkschaften die Versicherungs-pflicht auszudehnen. So wurde für die Gast- und Schankwirtschaft, für die Feuerweh und für den Bühnendruck die Versicherungspflicht verlangt mit dem Hinweis, daß im Reichstag für die beiden letzteren Verufe wiederholt von den Konservativen und dem Zentrum die Versicherungspflicht gefordert wurde. Die Vertreter dieser Parteien lehnten nunmehr ihre eigene Forderung ab und brachten die Anträge zu Fall.

Ausgedehnt wurde der Umfang der Versicherung nur auf den Gerbereibetrieb, die Blumenfärberei und die Glaserzeugung. Die gleiche ungünstige Aufnahme fand der Versuch, für die Betriebs- und technischen Beamten die Grenze der Versicherungspflicht auf 5000 M. zu erhöhen. Der weitergehende Antrag unserer Genossen, überhaupt nicht nach dem Gehalt eine Grenze zu ziehen, sondern alle Beamten der Versicherungspflicht zu unterstellen, fand von keiner bürgerlichen Partei Unterstützung. Gegen ein Heraufsetzen der Versicherungsgrenze erklärten sich die Volkspartei, die Nationalliberalen und die Konservativen. Da hier die Beschlußfassung ausgefallen ist, so bleibt abzuwarten, ob die bürgerlichen Parteien ihre Stellungnahme noch ändern.

Eine weitere Ausdehnung der Entschädigungspflicht sollte mit dem Sinebuclichi der Gewerkschaften erzielt werden. Seit vielen Jahren erheben die Seelen mit Recht den Vorwurf, daß sie bei der Ausübung ihres Berufs schweren Erkrankungen ausgesetzt sind, die oft dauerndes Siechtum zur Folge haben. Zu diesen Erkrankungen gehören: gelbes Fieber, Erythema und Peri-Peri. Diese Erkrankungen müssen als Betriebsunfälle bezeichnet werden, da sie nur der Eigenart des Betriebes und der Betriebsstätigkeit zur Last fallen. Indes die Rechtsprechung hat hier die Entschädigung auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes abgelehnt und in der Kommission des Reichstages schlossen sich dem Verlangen unserer Genossen nur die Freisinnigen an. Unsere Genossen wollten nicht nur die Berufskrankheiten der Seelen entschädigt wissen, sondern auch alle andern typischen Berufskrankheiten. Es sei nur erinnert an die schweren Gefahren, die Beschäftigung in Blei- und Zinkhütten, in chemischen Fabriken und im Bergbau, um zu erkennen, wie berechtigt das Verlangen ist und daß es sich um Industrien handelt, die bei ihrer rücksichtslosen Vernichtung von „Menschennmaterial“ die Verpflichtung haben müßten und auch materiell in der Lage sind, die Entschädigung der Arbeiter zu übernehmen. Um aber den Schein zu erwecken, daß etwas geschieht, verlangte schließlich das Zentrum, daß es dem Bundesrat überlassen bleibt, bestimmte Gewerbe- und Berufskrankheiten zu benennen, die nach den Entschädigungsgründen der Unfallversicherung einen Anspruch begründen. Da aber die Vertreter des Bundesrates dankend diese Verpflichtung ablehnten und auch die Konservativen und Nationalliberalen sich als entschiedene Gegner der Forderung bekannten, so dürften, wenn die Bestimmung Gesetz wird, der praktischen Anwendung erhebliche Hindernisse entgegenstehen.

Die Höhe der Rentenbemessung blieb unberührt, eifrig bemühte sich nur der Abg. Semmler (Nall.) die Regierungsverordnung dahin zu verschärfen, daß den Hinterbliebenen durch Unfall getöteter Ausländer keine Rente gewährt wird und der Ausländer, der Unfallrente erhält, aber wieder nach dem Auslande zurückkehrt, mit dem dreifachen Jahresbetrag der Rente abgefunden wird. Diese Bemühungen, die von den Konservativen im wohlverstandenen agrarischen Interesse unterstützt wurden, gehen darauf hinaus, die sozialen Lasten für die Betriebe, die heute ständig Ausländer in erheblichem Maße beschäftigen, herabzubringen, um damit einen neuen Anreiz für die Beschäftigung ausländischer Arbeiter zu geben.

Bei diesen Fragen zeigt sich auch die Spaltung des Zentrums. Während Herold, Malermeister Fr. I. und Fleischer solchen agrarischen Wünschen willig Gefolgschaft leisteten, erhoben die mit der Industriearbeiterchaft in Verbindung stehenden Abg. Becker (Arnaberg) und Schirmer vielfach Bedenken, diesen Weg ihrer agrarischen Freunde einzuschlagen. Da die ganze Ausländerfrage nochmals einer Kommission unterbreitet ist, so ist die endgültige Lösung des Konflikts noch nicht abzusehen.

Dieselbe Zurücksetzung erfährt die Anrechnung des Jahresarbeitsverdienstes, der heute nur bis zu 1500 M. bei der Rentenberechnung voll in Ansatz kommt. Während das Zentrum, wenn die Geschichte nicht zu teuer wird, bis zu 1800 M. gehen will, wurde von unsern Parteigenossen die Anrechnung des vollen Jahresarbeitsverdienstes, insbesondere auch für die landwirtschaftlichen Arbeiter gefordert. Damit fanden wir indessen von allen Seiten nur Entrüstung über die Höhe der Forderung und damit nur die einstimmige Ablehnung seitens der bürgerlichen Parteien. Wie schon erwähnt, bleibt die Frage, ob 1500 oder 1800 Mark des Jahresarbeitsverdienstes angerechnet werden, in der Schwebe, d. h. einer späteren Beschlußfassung vorbehalten.

Ein Versuch, die Mitbeteiligung der Arbeiter an der Rentenbemessung innerhalb der Berufsgenossenschaften zu erweitern, scheiterte an dem sehr entschiedenen Widerstand der Konservativen und Nationalliberalen, die übrigens treue Bundesgenossen bei allen Maßnahmen bleiben, die Verschlechterung der Vorlage zur Folge hätten, oder wenn es sich um Anträge handelte, die eine Besserstellung der Arbeiter in ihren Ansprüchen bezweckten, gemeinsam die Belämpfung betrieben. Der Zentralverband deutscher Industrieller wird erkennen müssen, daß sein Mißfall gehalten hat und die Nationalliberalen ganz im Sinne seiner scharfmacherischen Tendenzen einschwenkten.

Das zeigte sich auch bei Beratung der Bestimmungen über die Dienstordnung der Angestellten. Herr Semmler glaubte, alle Autorität des Vorstandes der Berufs-genossenschaft komme ins Wanken, wenn die Angestellten vor Erlaß der Dienstordnung über ihre Wünsche gefragt werden. Man muß nur die Reden der Herren Wallermann und Stresemann im Reichstag über ihr Wohlwollen gegenüber den Privatangestellten lesen, um den weiten Abstand erkennen zu können, der zwischen den Worten und Taten dieser Politiker zu finden ist.

Noch mehr Entrüstung löste aber die Forderung bet den Herren aus, daß nach einer Dienstzeit von fünf Jahren der Angestellte nur aus einem wichtigen Grunde entlassen werden darf. Ganz offen erklärten die

Herren, bei den Krankenkassen habe man dafür gestimmt, aber den Berufsgenossenschaften könne das nicht zugemutet werden, die müssen das Recht haben, jederzeit den Angestellten zu entlassen. In dem Fall drangen sie mit ihren konservativen Freunden durch, das Zentrum blieb fest und so wurde die Dienstordnung gegen die Stimmen der Konservativen und Nationalliberalen angenommen. Einen Erfolg hatten ferner die Bemühungen von jener Seite, Renten bis zu 20 Prozent nicht zu gewähren, obwohl hier die Nationalliberalen mit großem Eifer diese Verkürzungen verfolgten. Natürlich wandten sich die Herren mit ebenso großer Entschiedenheit gegen den Antrag der Sozialdemokraten, die Witwenrente von 1/2 auf 2/3 des Jahresarbeitsverdienstes zu erhöhen. Wenn auch mancher die Arbeiter schädigende Antrag von der Kommission abgeschlagen ist, so kann doch eine erhebliche Besserung der Vorlage nicht verzeichnet werden.

Ein Klassenjustiz-Urteil in Frankreich.

Am 25. November beurteilte das Schwurgericht zu Rouen in Frankreich den Sekretär der Gewerkschaft der Kohlenverarbeiter, Durand, zum Tode, sowie einer Missetat angeklagt zu 15- und zwei andere zu 5-jähriger Zuchthausarbeit. Die Angeklagten wurden der „Er mordung“ eines Streikbrechers gelegentlich eines Quarbeiterausstandes in Havre bezichtigt. Bei diesem Streik fungierte ein Mann namens Dongé als Arbeitswilliger. In einer Versammlung soll Durand über einen Antrag, durch welchen Dongé „zum Tode verurteilt“ wurde, abstimmen lassen haben, worauf der Antrag einstimmig angenommen worden sei. Kurz danach wurde Dongé in betrunkenem Zustande, von gleichfalls betrunkenen Streikenden, die aber an jener Versammlung gar nicht beteiligt waren, in einen See geworfen, bei dem er ums Leben kam.

Das war Anfang September, vier Wochen vor dem Generalfreist der Eisenbahner, in dessen Verlauf der französische Ministerpräsident Briand an alle Richter und Magistratspersonen ein Rundschreiben richtete, in dem das strengste Einschreiten gegen alle Gewerkschaftsleiter verlangt wurde, die zur Sabotage oder sonstigen Gewalttaten aufforderten. Das ließen sich die Richter von Rouen nicht zweimal sagen. Vor er gab die gerichtliche Klärstellung des Tatbestandes keinerlei Beweis dafür, daß ein Verstoß geschehen sei, Dongé zu töten. Nur behauptete ein Zeuge, Durand habe erklärt, man werde sich des Dongé zu entledigen wissen. Durand bestritt diese Behauptung und nannte 75 Zeugen, die das Gegenteil beweisen würden. Er hatte aber kein Geld, diese Zeugen von Havre nach Rouen selbst zu laden. Zahlreiche Zeugen, darunter ein Arzt, erklärten, Durand sei selbst in Havre und habe in jener Versammlung sehr maßvoll gesprochen. Die Geschworenen sprachen ihn der Tat schuldig, waren aber selbst erstaunt darüber, daß ihr Spruch zu einem Todesurteil des Richters führte.

Dieses ungeheuerliche Urteil gegen einen Gewerkschaftsleiter hat in französischen Gewerkschaftskreisen große Erregung hervorgerufen. Allenfalls finden öffentliche Protestversammlungen statt, in denen für den Fall, daß das Urteil nicht aufgehoben werde, der Generalfreist angekündigt wird. Die Witwe des Getöteten hat an den Verteidiger des zum Tode Verurteilten ein Schreiben folgenden Inhalts gerichtet:

„Nach Beendigung der Urteilsverhandlung fühle ich mich gedrängt, mich denen anzuschließen, die gegen das Urteil protestieren. Ich habe während der Verhandlung mich als Privatbeteiligte darauf beschränkt, das Recht meiner Kinder, der Opfer des an meinem unglücklichen Mann begangenen Totschlages, zu verteidigen und es mir verfehlt, auch nur die geringste Beschuldigung gegen jemanden zu erheben. Aber ich möchte keinen Anteil an der Verurteilung Durands zum Tode habe, die um so unbegründeter ist, als er wohl gleich anderen, die strafflos geblieben sind, unbedachte Worte geäußert, aber doch nicht selbst Gewalt geübt hat. Ich bin selbst Arbeiterin und wünsche das Gnadengesuch für Durand zu unterzeichnen. Es wäre mir ein Trost in meinem Unglück, zu hoffen, daß alle Welt verstehen wird, daß ich, indem ich für meine Töchterchen vor Gericht pflichtgemäß Ersatzansprüche stelle, doch auch die Pflicht empfinde, nicht zu vergessen, daß ich selbst der Welt der Arbeiter angehöre, die so mühselig um ein Stückchen Brot mehr und um etwas harte Behandlung weniger ringen.“

Diese einfache Arbeiterin beschämt die gesamte bürgerliche Presse Frankreichs, die auf das eifrigste bemüht ist, den bedauerlichen Totschlag nach allen Regeln der Kunst politisch gegen die Arbeiterklasse auszuschlachten.

Aber die französische Arbeiterschaft steht nicht allein mit ihrem Protest. Die deutschen Gewerkschaften schließen sich ihnen an in der Beurteilung des ungeheuerlichen Justizverbrechens. Wir beurteilen nicht minder scharf wie unsre französischen Genossen die unglückliche Tat, die der Sache des Proletariats niemals Vorteil, sondern nur Unheil bringen kann. Aber tausendmal schlimmer als diese unsmünge Tat ist das Verbrechen, schuldlos von Rechts wegen einen Unschuldigen zum Mörder zu stempeln, weil er der Leiter des Streiks war, während dessen der Totschlag sich ereignete. Das fordert den Protest jedes rechtlich denkenden Menschen heraus.

Die deutschen Gewerkschaften wissen sich um so mehr einig mit den Gefühlen ihrer französischen Genossen, als auch in Deutschland vor 11 Jahren der Versuch gemacht wurde, die Gewerkschaftsleiter für alle Gesetzesübertretungen, die im Verlauf eines Streiks vorlämen, strafrechtlich haftbar zu machen, und die damals erfolglos gebliebenen Anstrengungen jetzt nach den Vorgängen in Moabit mit verstärktem Eifer wieder aufgenommen werden. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat deshalb an die Confédération Générale du Travail in Frankreich ein öffentliches Schreiben gerichtet, das der französischen Arbeiterschaft zu ihrer Protestbewegung gegen das Urteil von Rouen die volle Sympathie der deutschen Gewerkschaften übermitteln. Das Schreiben lautet:

„Die G. d. G. D. hat aus der Arbeiterpresse Frankreichs und aus dem Berichte der G. d. L. Kenntnis genommen von dem Urteil der Jury des Seine-Departements gegen den Genossen Durand, das in bisher noch nicht erreichter Weise die Klassenjustiz zum Ausdruck bringt. Sie hat auch Kenntnis genommen von dem Protest der organisierten Arbeiterschaft Frankreichs gegen dies unerhörte Urteil.“

Sie schließt sich im Namen der von ihr vertretenen organisierten Arbeiterschaft Deutschlands aus vollem Herzen und in vollster Ueberzeugung diesem Proteste an. Sie kann dies um so eher tun, als auch in Deutschland mehr als bisher der Versuch gemacht wird, die Leiter der Gewerkschaften für einzelne bei Streiks zu verzeichnende verurteilungswürdige Vorkommnisse verantwortlich zu machen. Frankreich galt bis zu dem Tage des Urteils von Rouen als das Land, in welchem die Richter nach der erwiesenen Straftat des Angeklagten und nicht im Interesse der Unternehmer, welche die Arbeiter zum Streit zwangen, urteilten. Wird das Urteil von Rouen aufrechterhalten, so wird dieses Renommee Frankreichs nicht nur verloren sein, sondern in allen andern Ländern wird man bei der Begründung von Zwangsmahregeln gegen Streikende und gegen die Gewerkschaften auf das Beispiel verweisen, das die Richter im republikanischen Frankreich gegeben haben. Deswegen muß und wird auch die Arbeiterschaft Deutschlands Protest dagegen erheben, daß die Richter sich vollständig in den Dienst des Unternehmertums stellen und durch Urteile, wie das von Rouen, die Arbeiter zu verhindern suchen, durch Einstellung der Arbeit höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit zu erkämpfen und sich einen größeren Anteil an dem Ertrage der von ihnen geleisteten Arbeit zu sichern.

Die Arbeiter Deutschlands werden sich in ihrer Presse und in Versammlungen diesem Proteste anschließen, den wir in vollem Einverständnis mit den uns angeschlossenen Organisationen erheben.

Wir versichern die Gewerkschaften Frankreichs unserer vollsten Sympathie und sind überzeugt, daß sie die gegenwärtige Reaktionsperiode nicht nur überdauern werden, sondern, nach ihrer Ueberwindung, der Arbeiterklasse im wirtschaftlichen und politischen Kampfe den vollen Sieg erringen helfen.“

Mit brüderlichen Grüßen.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Lohnbewegung.

Regensburg. Ueber die Firma S. Lehmer wurde auf Grund des § 10 des Reichsarbeitsvertrages vom Ortsrat die Sperre verhängt.

Aus unserem Berufe.

Statt Verbesserung — Verschlechterung der Lohnverhältnisse, weil keine Organisation vorhanden. In der Maschinenfabrik von Gebr. Ruhn in Zabern im Elsaß wurde den fünf dort beschäftigten Lackierern beim Zahlung am 5. Dezember d. J. bekanntgegeben, daß für die Zukunft die Akkordlöhne um 20 Prozent reduziert würden. Trotzdem diese Kollegen, ausschließlich des Vorarbeiters, durchschnittlich nicht über 21 Mark verdienen und die Steigerung der Lebensmittelpreise sich auch hier in hohem Maße fühlbar macht, wagen es die Betriebsinhaber, diesen Kollegen den Lohn noch höher zu hängen. Die Fabrikhaber haben es aber auch mit der Verschlechterung der Lohnverhältnisse ziemlich leicht. Auf irgendwelchen Widerstand der Arbeiter brauchen sie nicht zu rechnen, denn von sämtlichen 400 in der Fabrik Beschäftigten ist nicht einer organisiert. So stehen denn diese Kollegen der Ausbeutungslust der Unternehmer machtlos gegenüber und sind gezwungen, wenn auch nur wenig, den Schmachtrien noch enger zu ziehen. Wann wird endlich der Tag kommen, wo die gesamte Arbeiterschaft dieser Gegend den Mut faßt, gemeinsam durch den Zusammenschluß in der gewerkschaftlichen Organisation gegen ein solches Gebaren der Unternehmer Verwahrung einzulegen? Alle Organisationsversuche der Straßburger Gewerkschaften blieben bisher in dieser Gegend fruchtlos.

Im Bericht der Arbeitgeberpresse über die zweite Tagung des Haupttarifamts für das Malergewerbe finden wir unter anderem Unzutreffendes auch verzeichnet, daß der Vorstand unsres Verbandes keinerlei Vorschläge zur Beratung einer Geschäftsordnung eingereicht habe. Dies entspricht nicht den Tatsachen. Wir stellen deshalb fest, daß von unsrer Organisationsleitung rechtzeitig Ende August, d. h. wie vereinbart worden war, ein vollständiger Geschäftsordnungsentwurf an den Herrn Magistratsrat von Schulz in Berlin eingereicht wurde.

Die Maler- und Anstreicher-Znunnungskrankenkasse zu Düsseldorf wurde von einem schweren Verlust betroffen. Der Kassenträger dieser Kasse unterschlug im Laufe dieses Jahres 7000 M. und fälschte zur Verdeckung seiner betrügerischen Handlungsweise die Bücher.

München. In Nr. 51 des „Deutschen Maler“ erzählt unter dem Titel „München“ ein Christ wieder einmal ein „niebliches Geschichtchen“. Danach sollen sich ein paar, angeblich bei uns organisierte Kollegen auf der Arbeitsstelle überworfen und beim Meister denunziert haben. Wir sind nicht in der Lage, den Fall auf seine Richtigkeit prüfen zu können. Auch haben wir in München die Erfahrung gemacht, daß noch die Mehrzahl all solcher von den Christen erzählten Geschichtchen „Nähergeschichten“ und mit viel christlicher Phantasie erfunden wurden. Besonders seit Herr Niebel als christlicher Bezirksleiter sich hier installiert hat, zeigt sich eine außerordentliche Fruchtbarkeit auf diesem Gebiete. Vielleicht legt er uns zum Weihnachtseste das erste Hundert seiner gesammelten „Märchen und Gedichte“ auf den Tisch. Oder wie wäre es mit einer Metapherüberlegung, Herr Niebel, z. B.: „3 Wochen in Schlessen“, oder: „Wie macht man erfolgreiche Agitationsreisen?“ Ihre überaus reiche und kuppige Phantasie verdirbt uns hier einen Genuß, den wir als literarische Gourmands nicht gerne missen möchten.

Einen christlich-freundlichen Rippenstoß glaubt uns „Der Deutsche Maler“ noch am Abschluß des Jahres versehen zu müssen, wohl in der Absicht, damit wir wissen sollen, er lebt auch noch. Eine Notiz in Nr. 50 des „M.“ unter dem gewerkschaftlichen Leit, die uns aus Stuttgart quana und das eigenartige Gebaren

eines christlichen Arbeitersekretärs daselbst kennzeichnet, hat obiges Blatt so in Harnisch gebracht, daß es diese „freie Anwesenheit der christlichen Gewerkschaften“ zu einem beruflichen Akt kempelt und seinen Groll in einem Stübel der bekannnten christlich-zentrierten Liebenswürdigkeiten über uns ausschüttet. Wir können diese Aufregung begreifen, die wieder einmal nötig war, gehen aber ruhig über solche spitzfindigen, kleinlichen Inzidenzen zur Tagesordnung über; kläffende Rötter nehmen wir nicht ernst. Sollte aber dem „Deutschen Maler“ künftig wieder das Fell jucken und er sich den „B.-M.“ als Zielscheibe erwählen, so braucht er sich keine Sorge zu machen, ihm kann und wird damit auch gründlich gedient werden. Und damit Glück auf zum neuen Jahr!

Wochunt. Am Mittwoch den 7. Dezember fand hier die Generalversammlung der Zimmungs-Krankenkasse der Maler statt. Im Vorjahr hatten wir es schon einmal ermöglicht, zwei unserer Kollegen mit in den Vorstand zu bringen. Doch wurde die Wahl durch Verreiben der Christlichen umgestoßen. Wegen der schlechten Konjunktur standen zurzeit weniger von unsern Kollegen in Arbeit, sodaß die Nachwahl zu unsern Ungunsten ausfiel. Diesmal verließ die Sache besser für uns. Unsere Kollegen J. Edel und Chr. Sossdorf wurden mit 62 Stimmen gegen die Christl. mit 46 Stimmen gewählt. Die Zimmungs-Kasse der Maler zu Wochunt ist im Vergleich zu anderen Klassen der Umgegend an Leistungsfähigkeit noch weit zurück. So wurden im Jahre 1908 auf der Generalversammlung die Beschlüsse gefaßt, den ledigen Kollegen, wenn sie im Krankenhaus liegen, einen Zuschuß von 10 Prozent des Tagelohnes zu gewähren. Die Generalversammlung 1909 beschloß, das Krankengeld vom ersten Tage ab zu bezahlen, weil nach dem alten Statut das Krankengeld der ersten drei Tage erst nach achtägiger Krankheit mit ausbezahlt wird. Diese Anträge sind bedauerlicherweise gar nicht eingereicht worden, wodurch die Kollegen geschädigt worden sind. Auf Anfragen bei der Aufsichtsbehörde wurde uns mitgeteilt, die Anträge seien erst am 5. Dezember 1910, also zwei Tage vor der Neuwahl, eingereicht. Ein Zeichen dafür, wie die bisherigen Geschäftsführer ihres Amtes walteten.

Wilhelmshaven. Am 17. Dezember hielt die Sektion der auf der Werft beschäftigten Kollegen eine Versammlung ab. Die Mitgliederzahl ist auf 36 gestiegen, gewiß noch eine verschwindend kleine Zahl gegenüber der auf der Werft beschäftigten Anzahl von Kollegen. Die bisherige Leitung wurde wiedergewählt. Um die Organisation weiter auszubauen, wurde beschlossen, in Zukunft wieder regelmäßige Versammlungen abzuhalten, die im Vorjahre beinahe ganz eingeschlafen waren, da es nicht möglich war, das Interesse zu wecken. Auch die anberaumten Werkstattversammlungen waren überaus traurig besucht. Um das Interesse der Kollegen für die Organisation zu wecken, soll es mit einer Hausagitation versucht werden; hoffentlich zeitigt diese einen guten Erfolg. Es ist eben überaus schwierig, hier aufklärend zu wirken, da zu viel persönlicher Haß unter den Kollegen herrscht. Namentlich hat die Hensdahl-Affäre hier viel böses Blut gemacht, hauptsächlich wurde kritisiert, daß unser Bericht über diese Affäre nicht aufgenommen wurde. (Bei solchen Anlässen muß regelmäßig berichtet werden, was hier nicht der Fall war. D. Reb.) Die Ansicht der Kollegen ging dahin, daß es die in Kiel und Danzig beschäftigten Kollegen sehr interessieren müßte, über diese Vorkommnisse unterrichtet zu sein. Wenn auch der Bericht etwas lang war, aber um das System zu beleuchten, war er nicht kürzer zu bringen. Von anderen Orten werden doch lange Berichte aufgenommen, mit demselben Rechte könnten auch wir sagen, die interessieren uns nicht. Es ist von großem Vorteil, wenn die auswärtigen Kollegen erfahren, wie es in dem höchsten Musterbetrieb hergeht, damit sie sich nicht veranlaßt sehen, auf die Suche der Werft hier anzufangen. Jedenfalls wäre es wünschenswert, wenn sich der Hauptvorstand einmal mit der Organisationsfrage auf der Werft etwas näher beschäftigte. Die Agitation ist zu schwierig und würde es sich wohl lohnen, dieser Frage im Hauptvorstande etwas näher zu treten. Sollte aber wieder ein Bericht wirklich etwas lang werden, so möge ihn der „B.-M.“ ruhig aufnehmen, wir haben hier nur Vorteil davon.

Gewerkschaftliches und Soziales.

Ein deutscher Heimarbeitertag

wird am 12. Januar 1911 in Berlin stattfinden, in der Neuen Philharmonie, Rappentierstraße 96/97. Die Heimarbeiter und ihre Freunde wollen bei dieser Tagung in letzter Stunde, ehe im Reichstag über das Hausarbeitgesetz Beschluß gefaßt wird, in einer eindringlichen Rundgebung noch einmal die Forderungen erneuern, die durch das Hausarbeitgesetz erfüllt werden müssen, wenn den schweren Umständen der Heimarbeit entgegengetreten soll. Zu dieser Rundgebung werden sich Heimarbeiter aus allen Berufen und aus allen Teilen Deutschlands und Freunde der Heimarbeiter aus den bürgerlichen Ständen vereinigen, bei Vermeidung aller politischen Tendenzen und ohne Unterschied der gewerkschaftlichen Richtungen.

Die Tagung wird vorbereitet durch einen Aktions-Ausschuß, an dessen Spitze Professor Dr. Ernst Franke-Berlin steht und dem ferner angehören Fräulein Margarete Vehm und die Herren Ingenieur Bernhard Giesberts, M. b. N., Galschmidt, Krüger, Sassenbach, Wob. Schmidt, M. b. N. — Das Hauptreferat hat Professor Dr. Wob. Silbrandt-Lüdingen übernommen. Die Geschäftsstelle ist das Bureau für Sozialpolitik, Berlin, Rollendorffstraße 29/30.

Der Verband der Schiffszimmerer hält seine zwölfte Generalversammlung am 7. Mai 1911 und folgende Tage in Berlin, Gewerkschaftshaus, ab. U. a. wird die Verschmelzungsfrage auf dieser Tagung zur Debatte stehen.

Das Zentralschiedsgericht im Baugewerbe. Der Vertrag für das Baugewerbe sieht drei Instanzen vor: eine Schlichtungskommission, ein britisches Schiedsgericht und ein Zentralschiedsgericht. Zum Zentralschiedsgericht wählen der Arbeitgeberbund 3, und die vier Zentralorganisationen der Arbeiter 4 Vertreter. Außerdem sollen die beteiligten Zentralorganisationen 3 Unparteiische bezeichnen; einigen sie sich hierbei nicht, so werden die Unparteiischen vom Reichsamt des Innern ernannt. — Im August ist versucht worden, die Unparteiischen zu bezeichnen; die Parteien einigten sich aber nur auf die Person des Geheimen Regierungsrats Dr. Wiedfeldt und mußte demzufolge das Reichsamt des Innern ersucht werden, die fehlenden Unparteiischen zu ernennen. Die Ernennung ist nun endlich erfolgt. Der Staatssekretär des Innern in Berlin hat an die Beteiligten folgendes Schreiben gerichtet: „Auf die gemeinschaftliche Eingabe der am Vertragsabschluss im Deutschen Baugewerbe beteiligten fünf Zentralorganisationen ernenne ich Herrn Hpt. Ober-Regierungsrat Max Mayr-München und Herrn Magistratsrat Paul Böbling-Verlin zu Unparteiischen für das im Hauptvertrage vorgesehene Zentralschiedsgericht. Herrn Geh. Regierungsrat Dr. Wiedfeldt habe ich auf jederzeitigen Widerruf und in Erwartung, daß seine Tätigkeit hierdurch nicht so stark in Anspruch genommen wird, die erbetene Genehmigung erteilt, in gleicher Eigenschaft im Zentralschiedsgericht mitzuwirken.“

Streitföhrer-ausrüstungen. Beim Streit in der Maftatter Waggonfabrik spielen die Streitföhrer ihre gewohnte Rolle, denn die Fabrikleitung hat für die Arbeitswilligen besondere Dolche anfertigen lassen, damit die Streitföhrer entsprechend gerüstet seien. Diese Dolche wurden in der Fabrik selbst gemacht. Das muß die Kampfeslust dieser Heiden anspornen. Ereignen sich aber Zwischenfälle, dann sind natürlich nur die Streitföhrer daran schuld.

Regelung der Arbeitszeit in den Anwaltsbureaus. Einen bemerkenswerten Erfolg hat die vom Verbands der Bureauangestellten (Sitz Berlin, Linienstraße 8) geleitete Bewegung der Berliner Anwaltsangestellten gebracht wegen Verkürzung der bisher zehn- und zwölfstündigen Arbeitszeit. Der Berliner Anwaltsverein, der sich früher auf keinerlei Verhandlungen mit der Organisation einlassen wollte, hat nicht nur mit dem Verband verhandelt, sondern jetzt auch folgende Grundsätze für die generelle Regelung der Arbeitszeit festgesetzt:

1. Die Arbeitszeit wird auf höchstens 8 1/2 Stunden täglich festgesetzt.
2. Ueberstunden sind tunlichst zu vermeiden, und, wo unvermeidbar, besonders zu vergüten.
3. Die Bureaus sind tunlichst um 7 Uhr abends zu schließen.

Der energischen Tätigkeit der Organisation bleibt es nunmehr vorbehalten, die Durchführung dieser Grundsätze in den Bureaus zu überwachen. Hoffentlich folgen die Anwaltsangestellten anderer Orte bald nach mit der Erringung der Arbeitszeitverkürzung.

Die Notwendigkeit einer politischen Betätigung der Arbeiter wird von dem „Korrespondent“, dem Organ des deutschen Buchdruckerverbandes, in folgenden treffenden Worten betont: „Das arge Mißverhältnis zwischen den Pflichten und den Rechten bei dem Arbeitervertragsbürger kommt auf das Konto des großen Indifferenzismus der Masse. Diese Teilnahmslosigkeit ist schon bei Wahrnehmung der Berufsinteressen groß, auch heutzutage noch, denn in Deutschland sind (ausgerundet) erst 25 Prozent der gewerblichen Arbeiter und Angestellten gewerkschaftlich organisiert. Mit der Betätigung am politischen Leben ist es aber noch schlechter bestellt. Wir bewerten den bellomatorischen, unproduktiven Kapitalismus nicht als einen förderlichen Faktor — im gewerkschaftlichen wie im politischen Leben nicht. Der Indifferenzismus aber ist ein ganz großes Uebel! Er ist bares Geld für alle, die am Roll sitzen, für alle, die aus der Bedürfnislosigkeit, der Willkür und Willkür ihre Pfeifen schneiden. Der Indifferenzismus ist also so oder so eine heilloswertige Erscheinung, für die Verhältnisse unserer Zeit sogar eine Schmach. Die Vorgänge auf der politischen Bühne eines Landes, ja auf dem Welttheater, reden in unseren Tagen eine gar ernste Sprache. So zweifellos richtig es ist, daß ein Volk nicht mehr politische Macht besitzt, als es wirtschaftliche Kraft hat, so unbestritten ist auch, daß gerade in Deutschland die Gesetzgebung Wege eingeschlagen hat, die die wirtschaftlichen Kräfte im allgemeinen wie die Erfolge und die Arbeit der Gewerkschaften im besondern ungemein schädigen und beeinträchtigen. Die nackte Interessenspolitik hat sich der Steuerfahnde bemächtigt und dreht und preßt, daß die breite Masse des Volkes nur so schreit und blutet, indes an denen, die sich Heiß als die Stützen von Thron und Altar aufspielen, das Bibelwort Bewahrheitung findet: „Wer da hat, dem wird gegeben!“

Will das arbeitende Volk aber nicht immer Anstoß sein, nicht noch länger den Patentpatronen mit den zugedrückten Taschen als Ausbeutungsobjekt dienen, dann ist es hohe Zeit, daß die politische Abstinenz der Masse aufhört. Ist auch im nächsten Jahre bei den Reichstagswahlen die beste Gelegenheit geboten, den Willen in die Tat umzusetzen, so muß die letzte Tagung des gegenwärtigen Reichstags doch jedem als der geeignetste Zeitpunkt erscheinen, die Erwählten des Volkes in ihren Handlungen aufmerksam zu beobachten, zu prüfen, wie weit ihre Taten sich von den vielen Versprechungen und Verheißungen bewegen. Dann wird wohl im Jahre 1911 das Urteil leichter und nicht zuletzt auch gerechter darüber, wer Vertrauen verdient und wer es sich verschert hat. Parteipolitische Neutralität muß selbstverständlich und nach wie vor in der gewerkschaftlichen Betätigung streng beobachtet werden. Die gewerkschaftliche Organisation ist und bleibt ein neutraler Boden. Außerhalb seiner gewerkschaftlichen Pflichtenfüllung ist der Arbeiter aber Staatsbürger und hat als solcher seine Rechte wahrzunehmen. Das ist ein anderes Gebiet. Gewerkschaftlich neutral sein, heißt nicht etwa als Staatsbürger indifferent sein! Als solcher wird und muß ein denkender Arbeiter auch wissen, wo

ihn der Schuh drückt. Er kann nicht als Gewerkschafter seine Einzelwillen und seine Einzelkraft in den Dienst der Organisation, dem Zusammenschlusse Tausender und Abertausender von einzelnen Schwachen zu einem kräftigen Ganzen, stellen, damit diese seine und der Seinen Lage menschlich erträglich gestaltet, als homo politicus aber Parteinteressen und Parteikonstellationen, die den gewerkschaftlichen Bestrebungen entweder in ihrer Tendenz schon zuwiderlaufen oder sie in ihrem Effekte zunichte machen, Vorgespanndienste leisten. Wer eines solchen Dualismus fähig ist, für den hat die Stunde der Erkenntnis noch lange nicht geschlagen, der ist politisch unrett, einer von den vielen Toren, die ihre Interessen in die Hände des falschen Anwalts legen.“

Woher dieser innere Zwiespalt? Der Philosoph der „Deutschen Arbeiterzeitung“, Dr. Felix Klug, macht seinen bedrängten Herzen in beweglichen Tönen Luft: „Wohin die sorgföhrte Vermehrung äußerer Kulturgüter führt, das dürfte allmählich auch dem bloßesten Auge sichtbar werden. Niemals hat es eine Zeit gegeben, in der für die Armen und die Vermissten der Armen so reichlich und bereitwillig gesorgt wurde, wie heute. Niemals haben sich Staat und Gesellschaft in gleichen Umfang ihrer menschlichen, wenn man will, christlichen Pflichten angenommen, niemals hat die Menschheit sich ähnlicher Mühe und Sicherheit erfrenen, niemals so lohnender und vielseitiger Erwerbsmöglichkeit nachgehen dürfen. Was aber haben alle diese unzulänglichen Fortschritte erzielt? Niemals wiederum hat es eine Zeit gegeben, die unzufriedener und krisenhafter gewesen wäre, wie unser hochgeprägtes Jahrhundert. Wir nehmen die Tageszeitung zur Hand. Krisis in Amerika, Krisis in England, Krisis in Frankreich, Revolutionen überall, und gerade in Deutschland eine politische Situation, die in höchst merkwürdigem Gegensatz zu dem Bild steht, das dieses Land, ginge es nach Recht und Ordnung, eigentlich gewähren sollte. Ein neu erstandenes, herrliches, mächtiges Reich, ein geistigen, wirtschaftlichen, militärischen Kräfte die erste Nation der Welt, geeignet durch eine vierzigjährige ungestörte Friedensarbeit, und trotz allem zerrissen und zerklüftet von Kopf bis Füßen, verbittert und vernürrgelt an Herz und Seele, unfähig, die größten Unruhen und schwersten Beschimpfungen seiner Hoheit von seiten der eigenen, ungeratener Kinder abzuwehren, in hastigem Tamel um allerhand neue Gesetze bemüht, die sich letzten Endes doch immer nur als böse Verlegenheitsprodukte offenbaren, — ist das ein würdiges Ergebnis so vieler Opfer und Kämpfe, so vieler Mühe und Arbeit?“

Die Unrast unserer Zeit entspringt der Beobachtung der Klassengegensätze zwischen bergeshohem Reichum und abgrundtiefer Armut und dem Streben, diesen Klassen- und Zwiespalt aus der Welt zu schaffen.

Prokennium und Größenwahn. Bei der letzten Volkszählung kam ein Zähler in einer großen rheinischen Stadt und in ein vornehmes Haus im Villenviertel. Die Papiere waren noch nicht ausgefüllt, wie denn das in den Palästen ebenso häufig vorkommt wie in den Hütten, und unser Zähler machte sich, unter Assistenz der Dame des Hauses, an die erforderlichen Eintragungen. Nachdem er, wie sich's gehörte, für jede Einzelperson eine Karte ausgefüllt, schritt er zur Ausführung des Gesamtverzeichnis, der Zählkarte B, auf der noch einmal alle zum Haushalte gehörenden Personen verzeichnet werden müssen. Als er im Begriffe stand, die dienenden Geister einzuzichnen, protestierte die Hausfrau entsetzt: „Ich möchte doch nicht, daß meine Diensthaken auf dieselbe Karte kommen; das gehört sich nicht!“

Diese paar Worte zeigen deutlich als allenthalben, was die „obere Zehntausend“ von den Unterschichten des Volkes halten; sie beleuchten bityrtig den Klassengegensatz, der auf sozialem Gebiete zwischen Drohnen und Arbeitsbienen besteht.

Die Körpergröße des Menschen. Die körperliche Länge des Menschen hängt in erster Linie von seiner Rasse, seinem Geschlecht und seiner Familienelgenümlichkeit ab. Sodann spielen aber die gesamtten Verhältnisse, unter denen der Mensch aufwächst, eine große Rolle. Not und Armut, ungünstige sanitäre Verhältnisse halten das Wachstum auf, Wohlhabenheit begünstigt es. Die einzigen ziffernmäßigen Nachweise über die Länge des Menschen liefert uns die Ergebnisse des Heeresergänzungsgeschäfts. Nach den letzten einschlägigen Statistiken hatten von den eingestellten Mannschaften ein Körpermaß bis 1,54 Meter 0,2 Proz., von 1,54 bis 1,60 Meter 14,0 Proz., von 1,60 bis 1,65 Meter 30,0 Proz., von 1,65 bis 1,70 Meter 31,7 Proz., von 1,70 bis 1,75 Meter 17,0 Proz., von 1,75 bis 1,80 Meter 5,0 Proz., von 1,80 bis 1,85 Meter 2,0 Proz. und über 1,85 Meter 0,1 Proz. Bis zum Jahre 1898/99 wurden Personen unter 1,54 Meter überhaupt nicht eingestellt. Der fortgesetzt vergrößerte Umfang der Armees zwang aber, doch solche Leute zu nehmen. Der Städter, von dem Großstädter abgesehen, ist im Durchschnitt etwas größer als der Landbewohner. Die Gelehrten sagen uns, daß in den letzten 40 bis 50 Jahren für viele Gegenden eine Zunahme der Durchschnittsgröße bis um mehrere Zentimeter beobachtet worden ist. Die schon erwähnte Statistik des Heeresergänzungsgeschäfts bestätigt diese Beobachtung aber nicht. Ein Vergleich der Ergebnisse von 1892/98 mit 1908/09 ergibt, daß inzwischen die mittleren Größen abgenommen, die Kleinen und großen Leute aber zugenommen haben. Die Personen von 1,54 bis 1,60 Meter vermehrten sich inzwischen von 10,0 auf 14,0 Proz., die von 1,80 bis 1,85 Meter von 0,8 auf 2,0 Proz., auf Kosten der mittleren Gruppen. Bemerkenswert ist, daß die Länge des Menschen auch nicht immer gleich groß ist. Im Laufe des Tages, und zwar bereits frühmorgens, geht die Körperlänge um 1 bis 2 Zentimeter, nach angestrengtem Arbeiten oder andauerndem Stehen usw. sogar bis zu 6 Zentimeter zurück, weil die Last des Körpers die Wirbelsäule zusammendrückt. Die reichen Leute, die andre arbeiten lassen, sind auch hier am besten gestellt. Kinder wachsen während der Ferien mehr als während der Schulzeit.

Ueber die Tätigkeit der Arbeitersekretäre hat der Staatssekretär Debrück kürzlich im Reichstag folgender-

maßen geübt: „Ich weiß ganz genau, daß die Arbeitersekretäre so, wie sich die Dinge bei uns entwickelt haben, ich möchte sagen, eine unentbehrliche Funktion geworden sind, die sich dauernd hoffentlich in der Richtung entwickeln werden, die der Hg. Naumann annimmt. Sie alle kennen die Tätigkeit der Arbeitersekretäre aus den Parlamenten, insbesondere aus den Kommissionen dieses Hauses, wir alle wissen, daß sie uns mit ihrer Sachkunde angenehme und wertvolle Mitarbeiter sind; wir wissen ferner, daß die Arbeitersekretäre die Berater der Arbeiter sind in den verwickelt organisierten Gängen der Sozialpolitik, daß sie deren Rechte vertreten vor den Behörden, vor allem, wenn die Arbeiter Nachansprüche aus den sozialpolitischen Gesetzen zu vertreten haben, und daß sie die Anwälte der Arbeiter insbesondere vor den Schlichtungsgerichten und im Reichsverfahren sind; wir alle wissen, daß die Arbeitersekretäre draußen im Lande für den Arbeiter unentbehrlich sind, daß sie deren Beschlüsse formulieren und sich dort die Aufträge geben lassen, die sie dann bei den Behörden, im Reichstag und in der Fachpresse vertreten.“

Und diese selbe Regierung, deren Chef so urteilt, will nicht zugeben, da die Arbeitersekretäre als Vertreter der Arbeiter in die Arbeitskammern gewählt werden können. **Werkwürdige Logik!**

Ein an die falsche Adresse gelangter päpstlicher Segen. Daß der Segen des Heiligen Vaters in Rom streikenden Arbeitern erteilt wird, ist wohl noch nicht dagesewen. Jetzt ist dies aber in München passiert. Ein dortiger Massenfabrikant von Heiligenbildern, der Druckereibesitzer Joseph Müller in München, bemüht sich aus Respekt vor dem schon seit längerer Zeit krankehaft um das besondere Wohlwollen des Heiligen Stuhls. Bisher immer vergeblich. Weniger war Müller um das gute Einvernehmen mit seinen Arbeitern bemüht, und diese haben geradezu andauernd Differenzen auszuweisen. Schon seit längerer Zeit liegt sein Betrieb still, weil die Arbeiter streiken, und jetzt gerade jetzt muß aus dem Vatikan ein Schreiben eintreffen, worin dem beglückten Bilderverfertiger mitgeteilt wird, daß der Papst die Bilder sehr schön finde und sich freue, daß durch sie der Andacht der Gläubigen große Dienste geleistet werden. Das Schreiben schließt mit den Worten: „Als Zeichen besonderer Huld sendet Seine Heiligkeit sowohl Ihnen als auch Ihrer geschätzten Familie und sämtlichen Arbeitern Ihrer Kunstanstalt von Herzen den apostolischen Segen.“

Natürlich sind die Streikenden ganz außerordentlich erfreut über die Hilfe, die ihnen von Rom aus zuteil geworden ist, denn mit dem apostolischen Segen müssen sie den Streik unter allen Umständen gewinnen, wenn der Segen nicht etwa, weil auf irrtümlichen Voraussetzungen beruhend, schleunigst wieder zurückgenommen und in einen Wunschluch verwandelt wird.

Verbands-Generalsammlungen. Der Lederarbeiterverband hat seine 17. Generalsammlung in München, Kolosseumsbierhallen, vom 14. bis 18. Mai 1910 ab. Zur Tagesordnung stehen u. a. die Punkte: Lohnbewegungen und Reichsstarife, Bekämpfung der Helmarbeit, Internationale Beziehungen und Stellungnahme zum nächsten Gewerkschaftskongress.

Eingefandt.

Wiederum befinden wir uns in der Zeit, wo so viele unserer Kollegen gezwungen sind, infolge Arbeitslosigkeit auf die Landstraße zu gehen. Da möchte ich nun, der ich selbst gereicht bin, einmal verschiedene Mißstände beleuchten, die noch immer im Herbergsdasein sowie bei der Auszahlung von Reiseunterstützung herrschen. So wird beispielsweise noch in verschiedenen Orten die Reiseunterstützung in Schankwirtschaften ausbezahlt, wo oftmals leider keine Fremdenzimmer vorhanden sind. Kommt nun ein Kollege zugereist, so ist er doch gezwungen, sich im Gastzimmer aufzuhalten und einen Teil seiner nicht allzureichlichen Unterstützung zu verzehren. Ich glaube, hier könnte Abhilfe geschaffen werden, indem die Unterstützung in der Wohnung des betreffenden Kollegen ausbezahlt würde. Denn dadurch blieben doch dem reisenden Kollegen seine paar Pfennige erhalten. Hatte doch die Filiale Brandenburg a. d. H. den Besuch gefast, reisenden Kollegen gleich das Schlafgeld abzugeben. Meiner Meinung nach verstößt dieser Beschluß gegen die Paragraphen unseres Statuts. Auch steht es häufig in diesen aufgezogenen Herbergen nicht immer zum besten aus, besonders was die Betten usw. betrifft. Ebenfalls läßt die Behandlung noch viel zu wünschen übrig. Alle diese noch vorhandenen Mißstände könnten wohlweislich beseitigt werden, wenn die Vorstände sowie die Herbergskommission den reisenden Kollegen mehr Achtung schenken würden. Aber der reisende Kollege wird eben so oft als Null betrachtet.

Karl Hubert, Guben (M.-L.)

Aus Unternehmerkreisen.

Ueber die Frage der Arbeitslosenversicherung hat ein Gemeindevollmächtiger in Augsburg, der Fabrikant Frommelt, eine Rede gehalten, die in der „Deutschen Arbeiterzeitung“ abgedruckt wird. Sie richtet sich natürlich gegen die Arbeitslosenversicherung und zwar mit folgenden Gründen: „Unter den nichtorganisierten Arbeitern, welche etwa zwei Drittel bis drei Viertel sämtlicher deutscher Arbeiter ausmachen, besteht eine außerordentlich geringe Neigung für die Einführung der Arbeitslosenversicherung; das hat sich allerorts auf das klarste erwiesen. Inwiefern die einzelnen organisierten Arbeiter heute den Standpunkt ihrer Organisation teilen, will ich hier nicht näher untersuchen; wohl aber darf der Vermutung Raum gegeben werden, daß die etwa vorhandene Begeisterung für die Arbeitslosenversicherung auch bei ihnen in dem Momente bedeutend abflauen würde, wo ihnen zugemutet würde, an der Prämienzahlung für diese Versicherung teilzunehmen. Das ist auch durchaus begreiflich; denn in Wirklichkeit ist es ein verschwindend geringes Teil der Gesamtarbeiterkraft, der von der Arbeitslosenversicherung zu werden, überhaupt ebrührt wird.“

denen es von vornherein zweifelhaft ist, ob für die regelmäßig wiederkehrenden Perioden der mangelnden Arbeitsgelegenheiten die Arbeitslosenversicherung einzutreten hätte — sind es fast ausschließlich unruhige, fluktuierende Elemente oder solche mit minderwertiger Arbeitsleistung. Die anderen werden von ihren Arbeitgebern auch während der schwierigsten Zeiten nicht entlassen, sondern, wenn auch unter großen Opfern, weiterbeschäftigt. Das haben die letzten Jahre einer fast krisenhaften Konjunktur erwiesen, und das darf die deutsche Arbeitgeberchaft mit Recht als ein Verdienst für sich in Anspruch nehmen. Ob es allerdings nach Einführung einer allgemeinen Arbeitslosenversicherung noch ebenso bliebe, erscheint mehr als fraglich. Daß aber dieser weitest aus größte Teil der Arbeiter, der mit 99 Proz. kaum zu hoch eingeschätzt wird, an der Einführung der Arbeitslosenversicherung kein persönliches Interesse haben kann und auch nicht hat, liegt auf der Hand. Man wird mir natürlich sofort den Einwurf machen, wie es denn bei dieser Sachlage komme, daß gerade die Arbeiterorganisationen, und unter diesen wieder die sogenannten „freien“, richtiger sozialdemokratischen Gewerkschaften, sich so sehr für die Arbeitslosenversicherung ins Zeug legen. In der Tat könnte dies auf den ersten Blick auffallend erscheinen; denn die Gewerkschaften haben größtenteils jetzt schon für ihre Mitglieder eine Arbeitslosen-Unterstützung eingeführt und würden dieses für sie verbundene Moment anscheinend verlieren, wenn eine allgemeine Arbeitslosenversicherung eingeführt würde. Hierauf ist zu erwidern, daß die Gewerkschaften auch keineswegs für die Einführung einer allgemeinen Arbeitslosenversicherung, sondern nur das „Genter System“ plädieren, eine Versicherung also, deren Träger auch in Zukunft ausschließlich die Gewerkschaften wären, und die somit die Anziehungskraft dieser Organisationen eher noch vermehren würde. Des Wabels Kern aber liegt darin, daß die Gewerkschaften in der Arbeitslosenversicherung ein weiteres Mittel zur Bekämpfung und Vernichtung des Arbeitgeberstandes erblicken. Ist es aber einmal so weit, dann sind die Arbeitgeber der einzigen Waffe beraubt, die ihnen jetzt noch in den von den Arbeiterorganisationen ihnen aufgedrungenen Kämpfen zu Gebote steht.

Wenn also angesichts dieser enormen Entwicklungs- und Ausbaufähigkeit der Arbeitslosenversicherung die Arbeitgeber einmütig den Standpunkt des „widerstehe von Anfang an!“ einnehmen, so ist diese Stellungnahme ein Ausfluß der ursprünglichsten und gewaltigsten menschlichen Eigenschaft, nämlich des Selbsterhaltungstriebes.

Aber auch Optimisten, die an die Möglichkeit solcher Konsequenzen einstweilen noch nicht glauben wollen, werden sich, ganz abgesehen von der neuen steuerlichen Belastung, zum mindesten die Frage vorlegen müssen, ob es im Interesse der Allgemeinheit liegt, die sozialdemokratischen Gewerkschaften, welche ungefähr vier Fünftel aller organisierten Arbeiter umfassen, zu stärken und zu fördern. Denn man darf nie aus den Augen lassen, daß sich die Bestrebungen der Sozialdemokratie nicht nur gegen die Arbeitgeber, sondern vor allem gegen die bestehende Gesellschaftsordnung, gegen das Fundament des Staates richten. Daß aber diese Gewerkschaften von der Arbeitslosenversicherung eine Stärkung und Förderung erhoffen, dafür bietet den besten Beweis gerade der Umstand, daß sie so intensiv für ihre Einführung arbeiten. Dies allein sollte denen, deren Amt es ist, für das öffentliche Wohl zu sorgen, zu denken geben; denn daß die Organisationen aus purer Nächstenliebe eine Sache betreiben, die ihnen nicht nützlich oder gar schädlich wäre, das werden sie wohl selbst nicht behaupten und kann ihnen füglich auch nicht zugemutet werden. Die Stärkung und Förderung würde zunächst in der Anziehungskraft bestehen, die die Gewerkschaften als Träger einer staatlichen oder kommunalen Einrichtung, also als gewissermaßen offizielle Institutionen, an und für sich schon ausüben würden, ferner aber in dem Umfange, daß mit der Zeit immer mehr Gelder, die jetzt für Arbeitslosenunterstützungen verausgabt werden müssen, durch Leistungen der Allgemeinheit ersetzt und für die wirtschaftlichen und politischen Kampfwende der Organisationen frei werden würden. Hieran kann auch der Umstand nichts ändern, daß das Bestehen einer derartigen Absicht gelegentlich nicht unterlassen möchte ich es, aus den demokratisierenden Einflüssen hinzuweisen, den die Arbeitslosenversicherung wenigstens auf einen Teil der Arbeiterchaft ausüben werde. Letzter gibt es eben eine große Anzahl von Menschen, die lieber in Mißgung schlecht leben, als durch Arbeit ihre Lebenshaltung zu verbessern.“

Der Redner kommt zu dem Ergebnis, daß lediglich die Gewerkschaften und die qualitativ minderwertigen Arbeiter ein Interesse an der Arbeitslosenversicherung hätten. Es ist nicht der Mühe wert, auf die „Gründe“ des Herrn Frommelt einzugehen, wir haben sie nur zum Ausdruck gebracht, weil sie den Gedankenkreis des Unternehmers in dieser Frage widerspiegeln. Das gesunde Prinzip, das einer Versicherung gegen die wirtschaftlichen Folgen der Arbeitslosigkeit zugrunde liegt, wird sich durchsetzen allen Widersachern und Widerständen zum Trotz.

Worte, die in den Wind gesprochen sind. Der bayerische Industriellenverband hielt vor kurzem in München seine neunte Hauptversammlung ab, auf der der Syndikus des Verbandes Dr. Kuhl eine Rede hielt gegen die Sozialpolitik und die Arbeiterorganisationen. Der Redner beklagte die Einflußlosigkeit der Industriellen im öffentlichen Leben und die Ueberlastung der Industrie durch die Sozialpolitik. Um die Belastung der Arbeiter durch die schwarze Steuer- und Zollpolitik kümmerte er sich natürlich nicht, im Gegenteil verlangte er Schutz der Arbeitgeber gegen die unberechtigten Forderungen der Arbeiter und gegen den Terrorismus der Gewerkschaften. Beim nachfolgenden Festmahl im Regina-Palasthotel hielt Ministerpräsident v. Bodenwils eine kurze Rede. Er sprach von den wachsenden Aufgaben des Reiches und der Bundesstaaten und fügte wie eine gutgemeinte Mahnung hinzu, es müßten die Männer, denen in unserer heimischen Industrie die führende Stellung zukommt, stets getragen sein von dem Bewußtsein der Verantwortlichkeit auch gegenüber dem Gemeinwohl.“ Bodenwils war es auch, der am 13. Januar 1910 im bayerischen Landtag der Sozial-

demokratie das Zeugnis ausgestellt, daß sie das soziale Gewissen der Öffentlichkeit gewärst hat.

Der Versuch des Herrn Ministers, das soziale Bewußtsein der Unternehmer zu schärfen und ihnen ein Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber dem Gemeinwohl einzupflanzen, wird wohl erfolglos bleiben. Die Herren vom Geldsack werden höchstens darüber lachen; vielleicht glauben sie nicht einmal, daß die Mahnung ernst gemeint ist.

Gerichtliches.

Mangel an Verständnis und Mangel an Gefühl muß man dem Dresdener Gerichte zum Vorwurf machen, das vor kurzem einen wandernden Schlachtergesellen, der gefochten hatte, zu einer Haftstrafe und zur Ueberweisung an die Landspolizeibehörde verurteilt hat, trotzdem der Innungsoberrichter das Fechten nicht als Betteln ansehen wollte. Der Angeklagte, ein Schlachtergeselle, befand sich auf der Wanderschaft und war nach dem Vogtlande gekommen, um Arbeit zu suchen. Er fand keine Arbeit, wanderte deshalb nach Dresden, wo er, da er über Erntemittel nicht verfügte, bei den Fleischermeistern „anspruch“ und auch Unterstüßungen erhielt. Hierbei wurde er von der Polizei abgefaßt und sollte sich nunmehr wegen Bettelns und Landstreichens vor Gericht verantworten. Er ließ den stellvertretenden Fleischeroberrichter Richter als Sachverständigen laden. Er selbst stellte entschieden in Abrede, sich des Bettelns und Landstreichens schuldig gemacht zu haben und betonte, daß er habe wandern müssen, um Arbeit zu erhalten; das sei kein Landstreichern. Auch gebettelt habe er nicht, sondern nur bei den Meistern vorgesprochen. Oberrichter Richter erklärte, man könne das Ansprechen nicht als Betteln ansehen. Es sei zunächst, daß die Gesellen bei den Meistern vorprägen und um Arbeit anfragen. Wenn der fremde Fleischergeselle keine Arbeit erhalte, so lasse ihn der Meister nicht wieder von dannen ziehen, ohne ihm ein Gefäß, sei es in Gestalt von Schwaren oder eines Gefäßstückes gegeben zu haben. Auch er, der Oberrichter, habe auf seiner jahrelangen Wanderschaft diesen alten junftgenäßen Handwerksbrauch geübt. Der fremde Gefelle gehe, wenn er in eine fremde Stadt kommt, zunächst auf die Herberge, wo täglich durch den Sprechmeister der Innung Arbeit nachgewiesen würde. Es sei richtig, daß Gesellen, die im Besitze eines Verbandsbuches seien, bevorzugt würden. Aber nicht alle Gesellen hätten ein solches, meistens nur diejenigen, die ihre Lehrzeit bei einem Innungsmeister verbracht oder mindestens ein Jahr bei einem solchen gearbeitet hätten. Auf dem Lande hingegen sprächen die Gesellen meistens bei den Meistern vor und fänden auf diese Weise Stellung. Das Gericht sprach den Gesellen zwar vom Landstreichern frei, verurteilte ihn aber trotz des Gutachtens des Innungsoberrichters wegen Bettelns zu drei Wochen Haft und zur Ueberweisung an die Landspolizeibehörde.

Welcher Tiefstand in der Anschauung über Arbeit offenbart sich in solcher Rechtsfällung. Sie mahnt an die jenes reichen, aus dem Ventel seines Vaters ernährten Wessfors, der einen Streikfondssammler wegen Bettelns verurteilte.

Dom Ausland.

Oesterreich. In Wiener-Neustadt sind die Werksstellen Korb & Leitner, Hopy & Grabe gesperrt.

Die Firma Josef Saurwein in Innsbruck ist für Maler, Maltrichter und Gerüster gesperrt. Schweiz. Sperrt sind die Firmen: Dossenbach in Baar, Felchlin in Zug, Bruhmann in Steckborn und das Waldsanatorium in Arosa.

Die jährliche Generalversammlung der Amerik. Fed. of Labor tagte in der Stadt St. Louis und war von den Nationalverbänden, den Staats- und Stadtorganisationen zahlreich besetzt. Ausländische Organisationen waren nur durch England und Kanada vertreten, während von der Generalkommission Deutschlands eine Begrüßungsdeputation eingeladen war. Unter den Delegierten befand sich auch Viktor Berger aus Milwaukee, der bei der letzten Wahl als erster Sozialdemokrat ins Abgeordnetenhaus der Vereinigten Staaten Nordamerikas gewählt worden ist. Zwanzig Jahre zurück tagte die Fed. of Labor ebenfalls in St. Louis in der alten Turnhalle, die im Bürgerkrieg 1861 zur Abschaffung der schwarzen Sklaverei das Hauptquartier der freiwilligen Turnerregimenter war. Damals war die Generalversammlung von 51 Delegierten besucht und nahm folgende Prinzipienklärung an:

„In allen Ländern der zivilisierten Welt geht ein Kampf vor sich zwischen den Unterdrückten und den Unterdrückten aller Nationen, ein Kampf zwischen den Kapitalisten und den Arbeitern, welcher von Jahr zu Jahr intensiver wird, und welcher schlimme Folgen nach sich zieht für die arbeitenden Millionen, wenn sich dieselben nicht zu gegenseitiger Schutze vereinigen und ihre Interessen wahren. Es liegt deshalb an den Vertretern der Trades und Arbeiter-Unions von Amerika, solche Maßregeln zu ergreifen und solche Grundsätze unter den Handwerkern und Arbeitern zu verbreiten, welche geeignet sind, sie dauernd zu vereinigen, und die Anerkennung der Rechte zu erzwingen, zu denen sie billigerweise berechtigt sind.“

Diesmal sind über 500 Delegierte anwesend gewesen, darunter mehrere Frauen; das fortschrittliche Element war stark vertreten. Die Hauptpunkte bilden die Berichte der leitenden Beamten, die bekanntlich viel Zeit in Anspruch nehmen.

In seinem Jahresbericht führte Präsident Samuel Gompers folgendes aus:

„Während auf unserer ersten in Pittsburg abgehaltenen Konvention nur sechs internationale Unions und einige Ortsgewerkschaften vertreten waren, zählte die American Federation of Labor am Schlusse des am 30. September 1910 abgelaufenen Jahres 120 internationale Verbände, 39 Staats-Zentralkörper, 632 städtische Zentralkörper, 431 Ortsgewerkschaften und 216 andere Verbände. Im Berichtsjahre gewährte die American Federation of Labor insgesamt 334 Charters: da-

von entfallen zwei auf internationale Verbände, einer auf einen Staats-Zentralkörper, 83 auf städtische Zentralkörper, 152 auf Ortsgewerkschaften und 96 auf andere Verbände. Den internationalen Verbänden sind rund 28 000 Totals angeschlossen. Wie sich aus den Berichten der internationalen Verbände ergibt, stellten dieselben im letzten Jahre 2157 Charters aus und erhöhten die Zahl ihrer Mitglieder um 218 229.

Im letzten Jahre hatte die American Federation of Labor durchschnittlich 1 561 151 Mitglieder; damit kam sie wieder ihrem höchsten Mitgliederstande von 1907-08 nahe. Die Läden, welche die Krise seitdem in unserer Reihe gerissen, sind demnach wieder ziemlich ausgeglichen.

Die Nebenart von der „Eingezügeltheit der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung“ kursiert als vollwertig in allen Preisen der gesellschaftlichen, politischen und moralischen Reformer, welche die Welt in kurzer Zeit von Grund aus umgestalten wollen. Unsere Kritiker vergessen, daß die American Federation nur bestimmte Zwecke verfolgt. Eine Gewerkschaft ist nicht dazu da, auf alle bürgerlichen, gesellschaftlichen und politischen Wandlungen Einfluß auszuüben. Vor allem hat sie die Aufgabe, den Arbeitern den Wert der Organisation und der Disziplin vor Augen zu führen und ihren Mitglieder klar zu machen, daß sie sich nur erreichbare Ziele stecken und von allen sozialen, den Bestand des Arbeiterbundes gefährdenden Problemen fernhalten müssen. Zahllose theoretische Sozialreformer haben ihre utopischen Ideen vergeblich den Massen angeboten, deren gesunder Sinn sich dagegen sträubte, sich in den Dienst der Träumereien stellen zu lassen.

Allezeit sieht sich die Gewerkschaftsbewegung gezwungen, dem politischen Problem gegenüber tatkräftig vorzugehen, ohne sich an irgendwelche starre Lehre, an einen „Ismus“, eine „Logik“ oder an eine Plattform zu binden. Selbst die beste von diesen Theorien könnte gar bald zur Schwäche führen, indem sie die schwer errungene Einheit der Massen bedroht. Tatsächlich sind schon verschiedene amerikanische Gewerkschaftsbewegungen untergegangen, weil sie aus klaren und zielbewußten Berufsorganisationen in politische Parteien mit Plattformen, die auf den Stimmengang berechnet sind, mit Tagesberühmtheiten als „Bannerträger“, umgeformt wurden. Die Massen der amerikanischen Gewerkschaftsmitglieder und die Veteranen der American Federation of Labor haben aus den Erfahrungen der Vergangenheit die Lehre gezogen, daß sie nur den scharf umgrenzten und erprobten wirtschaftlichen Mitteln der Gewerkschaftsbewegung Vertrauen entgegenbringen und zu dem Wahlzettel nur insofern ihre Zustimmung nehmen, als sich mit aller Bestimmtheit die Erzielung der gewünschten Resultate voraussehen läßt. Die politischen Forderungen, die wir durchsetzen wollen, müssen von vornherein wegen ihres Charakters die Arbeiter veranlassen, bei den öffentlichen Wahlen gleichmäßig zu stimmen. Steht man aber von solchen Fällen ab, so sind politische Parteien und Persönlichkeiten für die Gewerkschaften bedeutungslos.

Von ihrer gegenwärtigen Stellung aus ist die American Federation of Labor in der Lage, ihre Führer über den ganzen Kontinent hin auszustrecken und sich Gewißheit darüber zu verschaffen, inwieweit der Stimmzettel geeignet ist, bei der Förderung der Wohlfahrt der Arbeiterklasse zweckdienlich Verwendung zu finden. Die Unterstützung, die gewisse radikale politische Parteien in anderen Ländern von den Gewerkschaften erfahren, ist keineswegs einer Billigung der theoretischen Programmforderungen gleich zu achten, sondern vielmehr darauf zurückzuführen, daß die Gegenwartsforderungen dieser Parteien den Bedürfnissen der Arbeiter entsprechen.

Nicht wenig sind die Beziehungen der American Federation of Labor zu deren verschiedenen Departements. Daher kann ich nur empfehlen, in dem weiteren Ausbau der Industrieverbände fortzuführen.

Nachdem er die Lage der in der Eisen- und Stahlindustrie beschäftigten Arbeiter, die beiden großen Ausstände in der New Yorker Konfektion und den Bergarbeiterausstand Kenne passieren ließ, erklärt Compers den Rückgang in der Zahl der neugecharterten internationalen Verbände aus dem Umstande, daß die American Federation of Labor nunmehr über einen bedeutenden Fonds zur Unterstützung der ihr angegliederten selbstständigen Unions verfügt.

Was der Bericht über die Gesetzgebung des Kongresses, über die Arbeiterschutzgesetze, über die Anwendung des Anti-Trustgesetzes und die Erlassung von Einheitsverträgen gegen die Gewerkschaften enthält, ist ebenfalls neu wie die Ausführungen über das auf Verreiben der Buchs Stove & Range Co. gegen Compers, Mitchell und Morrison wegen Mischachtung eines väterlichen Urteils eingeleitete Strafverfahren, über die von Loewe & Co. zu Danbury gegen die Hutmacher, von A. O. Sitomer gegen die New Yorker Hülfenmacherinnen und verwandte Gewerkschaften angestrengten und von S. W. Post von Battle Creek gegen Compers, Mitchell und Morrison nach dem Friedensschluß mit der Buchs Stove & Range Co. aufgenommenen Verfahren. Dabei führt Compers bittere Klagen gegen die tendenziöse Rechtsprechung wider die Gewerkschaften.

Nach einer Besprechung der Kinder- und der Straflingsarbeit, der Einwanderung im allgemeinen und derjenigen der Mongolen im besonderen, der Haftpflichtgesetzgebung und der Verfassungen der jüngsten Staaten gelangt Compers zu „den praktischen politischen Vorhaben der Arbeiterschaft.“

„Zeitdem“, sagt er, „die American Federation of Labor in höherem Grade in die Politik der Vereinigten Staaten eingriff, konnten wir zu unserer Genugung manchen erbitterten Gegner des Fortschritts der Arbeiterbewegung aus seinem öffentlichen Amte verdrängen. Der Sprecher Cannon wurde von dem Repräsentantenhaufe eines Teiles seiner Macht entleidet. Es hat die Arbeiterbewegung in Kalifornien, Washington, Oregon, Kansas, Iowa, Minnesota, Wisconsin, New York, Maine, aber auch in den übrigen Teilen der Vereinigten Staaten gar mancherlei Erfolge zu verzeichnen.“

Nachdem die Konvention zu Toronto entschieden hatte, daß sich die American Federation of Labor dem internationalen Gewerkschaftssekretariat anschließen, setzte ich mich mit dem internationalen Sekretär in Berlin ins Benehmen. Daraufhin wurde die American Federation of Labor dem internationalen Sekretariat angeschlossen. Der umfangreiche, seitdem zwischen dem internationalen Sekretär Karl Legler und mir geführte Briefwechsel befaßte sich unter anderem mit der Verwaltung der durch das internationale Sekretariat zur Unterstützung

von Ausständigen und Ausgesperrten angebrachten Gelder, mit der von den Nationalverbänden gegen einander zu beobachtenden Faltung und mit den Maßnahmen, die zu ergreifen sind, um Arbeitgeber zu verhindern, aus fremden Ländern Streikbrecher zu beziehen.

Zum Schluß erwähnt Compers noch, daß die National Industrial Union of Textile Workers im Interesse der Industrial Workers of the World bei der Pariser internationalen Gewerkschaftskonferenz Protest gegen die Zulassung der American Federation zum internationalen Gewerkschaftssekretariat erhob mit der Begründung, daß die F. W. U. als die einzige amerikanische bona fide Arbeiterorganisation allein zum Anschluß an das internationale Gewerkschaftssekretariat berechtigt sei.

Sekretär Morrisson's Bericht läßt ersehen, daß sich am Schluß des Fiskaljahres \$ 182 914.96 im Schatze der Federation befanden. Die Einnahmen betrugen in dem mit dem 30. September beendigten 12 Monaten \$ 193 470.84, die Ausgaben \$ 177 859.34. Compers bezieht ein Salär von \$ 5000, Morrison ein solches von \$ 4000. Es wurden während des Jahres Charters für 334 Unionen bewilligt. Nach Berichten von 80 internationalen Organisationen und einer Anzahl Lokal-Unions haben 827 Streiks stattgefunden, an welchen 341 448 Arbeiter beteiligt waren. Die Kosten der Streiks betrugen \$ 3 727 277.68, welche Summe mit Einrechnung der Schenkungen, die von Lokal-Unionen andern Unions gemacht wurden, um den Streikenden Beistand zu leisten, sich im ganzen auf \$ 3 860 944 erhebt. Von den 827 Streiks wurden 470 gewonnen, 84 durch Kompromisse beigelegt, 62 verloren und 259 sind noch im Gange.

Verschiedene Grenzstreitigkeiten nahmen Tage in Anspruch und in den meisten Fällen wurde die Erledigung der bestehenden Wirren der „Neuen Exekutivbehörde“ überlassen. Eine große Anzahl Resolutionen fanden ihr Grab schon vor dem Komitee und nur wenige kamen zur allgemeinen Debatte. Dem Verband der westlichen Kohlen- und Erzgruben wurde nach längerer Verhandlung Anschluß gewährt. Vertreter für England, Kanada und zum internationalen Gewerkschaftskongress im Jahre 1911 in Budapest wurden erwählt; als letzterer fungierte Vizepräsident A. Duncan, der beauftragt wurde, für einen internationalen Verband der Gewerkschaften aller Länder einzutreten. Die Stadt Atlanta, die Königin der Städte im Süden, war Siegerin, wo im nächsten Jahre die Generalversammlung stattfinden wird. Die bisherigen Funktionäre mit S. Compers als Vorsitzenden wurden einstimmig wiedergewählt.

Wie ich in meinem letzten Berichte mitteilte, wurde von unserer Exekutivbehörde über die Aufnahmegebühren der zugerechneten Kollegen eine Entscheidung abgegeben, die zum Schaden der organisierten Kollegen Europas war und nicht in Einklang mit dem Statut steht. Die deutsche Filiale Nr. 499 hatte Protest dagegen erhoben, der seine Wirkung nicht verfehlte. Alles bleibt beim alten und die Fremdenhasser sind wieder abgeführt. Die Mitgliederzahl, d. h. der vollzahlenden, beträgt 71 556. Das Vermögen des Verbandes ist 102 618 Doll. Der Sterbefonds geht zurück pro Monat um 3 bis 4000 Doll., sein Bestand beträgt noch 50 000 Doll. u. s.

Verschiedenes.

Das Völkergemisch in Amerika. New York hat seit 1900 um 1 329 681 Einwohner oder 38,7 Proz. zugenommen. Seine Einwohnerzahl beträgt nun 4,7 Millionen. Chicago, jetzt 2 Millionen Einwohner, rechnet damit, daß es in 20 Jahren infolge des Projektes eines neuen Bebauungsplanes eine Bevölkerungsziffer von 13 Millionen erreichen werde. Diese ungeheure Bevölkerungszunahme ist natürlich nur möglich durch die anhaltende Einwanderung, die ungefähr ein Drittel der Bevölkerungszunahme ausmacht. Das Verhältnis der Einwanderung zur Bevölkerungszunahme betrug in den Vereinigten Staaten:

1821 bis 1830	4,4 %	1861 bis 1870	24,2 %
1831 " 1840	14,2 "	1871 " 1880	24,2 "
1841 " 1850	27,9 "	1881 " 1890	42,1 "
1851 " 1860	30,4 "	1891 " 1900	27,0 "

Während es früher im wesentlichen aber nur Deutsche und Engländer waren, die nach Amerika wanderten, sind es heute Russen, Ungarn, Galizier und Italiener, wogegen das deutsche und englische Element unter den Auswanderern immer mehr zurückgeht. Vom Jahre 1851 bis 1905 befanden sich unter der Gesamtbevölkerung in Amerika:

	Deutsche	Engländer	Russen	Italiener	Oesterreich-Ungarn
1851-1860	917 770	1 298 552	21	3 668	-
1861-1870	821 214	1 082 440	4 650	12 211	7 794
1871-1880	718 182	984 850	52 254	55 762	72 969
1881-1890	1 452 970	1 462 674	250 116	307 310	353 722
1891-1901	505 152	659 887	505 290	651 893	592 707
1901-1905	176 995	385 253	658 735	959 768	944 239

Die Rassenpolitiker sehen in diesem großen Zustrom slavischer Elemente und in der gleichzeitigen Abnahme der deutschen und englischen Einwanderung eine große „Gefahr“ für Amerika. Wie sehr diese Rassenfanatiker auf dem Holzwege sind, geht schon daraus hervor, daß nach einer Reihe von Jahren diese verschiedenen Rassen selbst äußerlich kaum mehr zu unterscheiden sind: so haben Klima, Arbeit, Lebensweise, die Sitten usw. geändert und gleichgemacht oder gleiche Rassenangehörige, je nach dem wirtschaftlichen oder sozialen Niveau, das sie erreichten, unterschieden. Ein amerikanischer Gelehrter hat sogar die Behauptung aufgestellt, die aus allen Rassen gemischte amerikanische Rasse entwickle immer mehr einen festen Typus, der den Ureinwohnern ganz ähnlich sei — den Indianern!

Technisches.

Patentschau. Vom Patentbureau D. Rueger & Co., Dresden, Schloßstr. 2. Wschriften billigt. Auskünfte frei. Angemeldetes Patent: Nr. 42n. R. 44337. Vorrichtung zum Analysieren von Farbenmischungen. Alois Kubicek, Brezau, Mähren. Aug. 20. 4. 10.

Erteilte Patente: Nr. 75e. 229622. Farbzerstäuber, bei dem die Luft- und die Farbbüchse, sowie der Farbbehälter gemeinsam

ausgewechselt werden können. Clemens Graaff, Berlin und Hans Möhren, Schöneberg. Aug. 4. 3. 09. Nr. 75e. 229623. Farbbehälter mit dreifarbig gelagerter Nährflüssigkeit zum Mischen der dem Pinsel zuzuführenden Farbfüssigkeit. Gg. Heinrich Fischer, Neustadt, Saardt. Aug. 27. 7. 09.

Fachliteratur.

Malmaterialienkunde als Grundlage der Maltechnik für Kunststudierende, Künstler, Maler, Lackierer, Fabrikanten und Händler von Prof. Dr. F. Eibner, Leiter der Versuchsanstalt für Maltechnik an der Technischen Hochschule in München. Verlag von Julius Springer in Berlin N. 24, Monbijouplatz 3. Preis 12 Mk., geb. 13,60 Mk. Von den modernen maltechnischen Werken steht das vorliegende, auf das wir bei seinem Erscheinen schon hingewiesen haben, unstreitig mit an erster Stelle. Dem genannten Verfasser genügt nicht nur eine Beschreibung der Herstellung, Eigenschaften und Analyse der Farben und Malmaterialien nebst Angaben über ihre Anwendung in den einzelnen Maltechniken zu geben, er vertritt auch den richtigen Standpunkt, daß hierbei die Kenntnis sowohl der chemischen als auch der physikalischen Eigenschaften der Farbstoffe und Bindemittel ein wichtiges Fundament bildet. Des weiteren hielt er es für notwendig, in seinem Werk nicht nur die Bedürfnisse der Künstler in erster Linie, sondern auch die der im Maler- und Lackierergewerbe stehenden Praktiker zu berücksichtigen. Aus diesem Grunde hat Dr. Eibner auf die ersten fünf Kapitel seines Werkes, die Einleitung, so große Sorgfalt gelegt. In leichtverständlichen Ausführungen werden die notwendigen chemischen und physikalischen Grundbegriffe erläutert und über die Entstehung und das Wesen des Lichts, der Farben und Farbstoffe zweckdienliche Aufklärungen gegeben. Sehr beachtenswert sind die Darlegungen über die Deck- und Lasurfarben, zur Nomenklatur der Malerfarbstoffe, über die allgemeinen Anforderungen, denen ein Malerfarbstoff zu entsprechen hat und über die Methoden der qualitativen und quantitativen Prüfung der Anstrichfarbstoffe.

Der nun folgende erste Teil behandelt eingehend die Farbstoffe und zwar die natürlichen anorganischen Farbstoffe, die künstlichen anorganischen Normalfarbstoffe, die künstlichen mineralischen Nichtnormalfarbstoffe, gefundene giftige mineralische Malerfarbstoffe, organische Normalfarbstoffe, organische Nichtnormalfarbstoffe und die Leerfarbstoffe. Bei der Abhandlung über das Bleiweiß betont der Verfasser wohl die große Gefährlichkeit des trocknen Bleiweißes, wenn er aber auf Seite 123 ausführt, daß die Giftigkeit des Bleiweißes bei seiner Verwendung als fertige Lackfarbe kaum noch in Frage kommt, so ist das nicht zutreffend, die Statistiken der Malerkrankenanstalten wie auch die Feststellungen von ärztlicher Seite beweisen das Gegenteil.

Der zweite Teil befaßt sich in 22 Kapiteln mit der Beschreibung der Bind- und Bedeckungsmittel, der Malweissen, Malgründe und Grundierungen, und zwar, wie es auch im ersten Teil geschah, in übersichtlicher Ordnung. Zur Besprechung kommen die mineralischen und organischen Bindemittel, die Temperabindemittel, die in der Malerei verwendeten Öle, die Kalkwasserlösungen, Firnisse, Wachse, Balsame, Harze, Lade, die Methode der Lackierung, die Delmalerei und die Oelfarbe, Bilderlase, Silikate, Malmittel und Malbutter. In dem Schlusskapitel wird noch behandelt: Die Malgründe und Grundierungen für Tafelmalerei in Öl, Sprung- und Ripplbildung bei Delgemälden, Bilderhygiene und Entwicklung der Technik der Delmalerei vom Mittelalter bis in die Neuzeit. Ein ausführliches Namen- und Sachverzeichnis ist dem ausgezeichneten Werke noch angefügt. Es war eine schwierige Aufgabe, die sich der Verfasser gestellt hatte, er hat sie glänzend gelöst und damit der deutschen Fachliteratur ein neues, hochbedeutungsvolles Glied einverleibt.

Literarisches.

Politische Satire. Soeben gibt der Bildungsanspruch unserer rheinischen und westfälischen Genossen in Kommission'scheit von A. Gerisch, Dortmund, eine kleine Schrift heraus, die des allgemeinen Interesses sicher sein dürfte. Im Vorwort führt der Bildungsanspruch über die Motive, die ihn zur Herausgabe veranlassen, folgendes aus: „Die Zentralkommission der Bildungsvereine von Rheinland und Westfalen glaubt durch die Herausgabe der vorliegenden Gedichtsammlung des Genossen Dr. Rudolf Franz einen Wunsch Rechnung zu tragen, der im Laufe der letzten Jahre in weiten Kreisen der deutschen Parteigenossen immer von neuem geäußert worden ist. Die kleinen satirischen Gedichte des Genossen Franz, die zuerst meist in „Vorwärts“, der Dortmund „Arbeiter-Zeitung“ und der „Bremer Bürger-Zeitung“ abgedruckt wurden, haben bei ihrem Erscheinen einen so allgemeinen und ungeheuren Erfolg gefunden, daß der Wunsch zahlreicher Leser dieser Parteiblätter und aller der anderen Parteiblätter, die diese Gedichte später nachdrucken, voll und ganz erfüllt erscheint, eine sachgemäße Auswahl dieser Gedichte auch gesammelt, zu einem kleinen Bändchen vereinigt, zu besitzen.“

Neben diesem Wunsche der Genossen war es dann aber auch vor allem eine von uns in unserer speziellen Bildungsarbeit gemachte Beobachtung, die uns zu der Herausgabe dieser Sammlung bestimmte: die Beobachtung nämlich, daß es bei festlichen Veranstaltungen der Arbeiterschaft (und zwar nicht nur bei uns in Rheinland-Westfalen, sondern überall in Deutschland) an geeignetem Vortragsmaterial auf dem Gebiete politisch-sozialer Satire bisher fast völlig fehlte. Immer wieder wagen sich daher in Ermangelung von Besseren die vulgärsten Komikerstücke des plattesten bürgerlichen Einzel-Tangeltänns in unsere Arbeiterfeste hinein! Und da wird nun ohne Zweifel das vorliegende Heftchen eine im Laufe der Zeit sehr sichtbar werdende Lücke ausfüllen — um diese oft mißbrauchte Wendung auch hier zu wählen, wo sie ausnahmsweise einmal keine leere Redensart ist. Die Gedichte sind zugleich schlagkräftig und künstlerisch einwandfrei, und erfüllen so durchaus die Anforderungen, die man für den genannten Zweck zu stellen hat.

Unsere deutsche Arbeiterschaft muß erst lernen, die Waffe politischer und sozialer Satire zu schwingen; hat sie das aber gelernt, so wird sie sehen, daß man auch

maßen geurteilt: „Ich wech ganz genau, daß die Arbeitersekretäre so, wie sich die Dinge bei uns entwickelt haben, ich möchte sagen, eine unentbehrliche Funktion geworden sind, die sich dauernd hoffentlich in der Richtung entwickeln werden, die der Hg. Mannmann annimmt. Sie alle kennen die Tätigkeit der Arbeitersekretäre aus den Parlamenten, insbesondere aus den Kommissionen dieses Hauses, wir alle wissen, daß sie uns mit ihrer Sachkunde angenehme und wertvolle Mitarbeiter sind; wir wissen ferner, daß die Arbeitersekretäre die Berater der Arbeiter sind in den verwickelt organisierten Gremien der Sozialpolitik, daß sie deren Rechte vertreten vor den Behörden, vor allem, wenn die Arbeiter Rechtsansprüche aus den sozialpolitischen Gesetzen zu vertreten haben, und daß sie die Anwälte der Arbeiter insbesondere vor den Schiedsgerichten und im Reichsversicherungsamt sind; wir alle wissen, daß die Arbeitersekretäre draußen im Lande für den Arbeiter unentbehrlich sind, daß sie deren Beschlüsse formulieren und sich dort die Aufträge geben lassen, die sie dann bei den Behörden, im Reichstag und in der Fachpresse vertreten.“

Und diese selbe Regierung, deren Chef so urteilt, will nicht zugeben, da die Arbeitersekretäre als Vertreter der Arbeiter in die Arbeitskammern gewählt werden können. Merkwürdige Logik!

Ein an die falsche Adresse gelangter päpstlicher Segen. Daß der Segen des Heiligen Vaters in Rom streikenden Arbeitern erteilt wird, ist wohl noch nicht dagesewen. Zeit ist dies aber in München passiert. Ein dortiger Massenfabrikant von Heiligenbildern, der Druckerbesitzer Joseph Müller in München, bemüht sich aus Respekt vor dem schon seit längerer Zeit krankhaft um das besondere Wohlwollen des Heiligen Stuhls. Bisher immer vergeblich. Weniger war Müller um das gute Einvernehmen mit seinen Arbeitern bemüht, und diese haben geradezu andauernd Differenzen auszuweichen. Schon seit längerer Zeit liegt sein Betrieb still, weil die Arbeiter streiken, und just gerade jetzt muß aus dem Vatikan ein Schreiben eintreffen, worin dem beglückten Bildfabrikanten mitgeteilt wird, daß der Papst die Bilder sehr schön finde und sich freue, daß durch sie der Andacht der Gläubigen große Dienste geleistet werden. Das Schreiben schließt mit den Worten: „Als Zeichen besonderer Huld sendet Seine Heiligkeit sowohl Ihnen als auch Ihrer geschätzten Familie und sämtlichen Arbeitern Ihrer Kunstanstalt von Herzen den apostolischen Segen.“

Natürlich sind die Streikenden ganz außerordentlich erfreut über die Hilfe, die ihnen von Rom aus zuteil geworden ist, denn mit dem apostolischen Segen müssen sie den Streik unter allen Umständen gewinnen, wenn der Segen nicht etwa, weil auf irrtümlichen Voraussetzungen beruhend, schleunigst wieder zurückgenommen und in einen Wankfluch verwandelt wird.

Verbands-Generalsammlungen. Der Lederarbeiterverband hat seine 17. Generalsammlung in München, Hofloosemühlstr. 14, vom 14. bis 18. Mai 1910 ab. Zur Tagesordnung stehen u. a. die Punkte: Lohnbewegungen und Reichstaxen, Bekämpfung der Gelmarbeit, Internationale Beziehungen und Stellungnahme zum nächsten Gewerkschaftskongress.

Eingefandt.

Meberum befinden wir uns in der Zeit, wo so viele unserer Kollegen gezwungen sind, infolge Arbeitslosigkeit auf die Landstraße zu gehen. Da möchte ich nun, der ich selbst gereist bin, einmal verschiedene Mißstände beleuchten, die noch immer im Herbergsdasein sowie bei der Auszahlung von Reiseunterstützung herrschen. So wird beispielsweise noch in verschiedenen Orten die Reiseunterstützung in Schankwirtschaften ausbezahlt, wo oftmals leider keine Fremdenzimmer vorhanden sind. Kommt nun ein Kollege zugereist, so ist er doch gezwungen, sich im Gastzimmer aufzuhalten und einen Teil seiner nicht adäquaten Unterstützung zu verzehren. Ich glaube, hier könnte Abhilfe geschaffen werden, indem die Unterstüfung in der Wohnung des betreffenden Kollegen ausbezahlt würde. Denn dadurch bleiben doch dem reisenden Kollegen seine paar Pfennige erhalten. Hatte doch die Filiale Brandenburg a. d. H. den Wunsch gefaßt, reisenden Kollegen gleich das Schlafgeld abzugeben. Meiner Meinung nach verstößt dieser Beschluß gegen die Paragraphen unsres Statuts. Auch sieht es häufig in dieser aufgezogenen Herbergen nicht immer zum besten aus, besonders was die Betten usw. betrifft. Ebenfalls läßt die Behandlung noch viel zu wünschen übrig. Alle diese noch vorhandenen Mißstände könnten wohlwollend beseitigt werden, wenn die Vorstände sowie die Herbergskommission den reisenden Kollegen mehr Achtung schenken würden. Aber der reisende Kollege wird eben so oft als Null betrachtet.

Karl Hubert, Guben (M.-L.)

Aus Unternehmerkreisen.

Ueber die Frage der Arbeitslosenversicherung hat ein Gemeindebevollmächtigter in Augsburg, der Fabrikant Frohmel, eine Rede gehalten, die in der „Deutschen Arbeiterzeitung“ abgedruckt wird. Sie richtet sich natürlich gegen die Arbeitslosenversicherung und zwar mit folgenden Gründen: „Unter den nichtorganisierten Arbeitern, welche etwa zwei Drittel bis drei Viertel sämtlicher deutscher Arbeiter ausmachen, besteht eine außerordentlich geringe Neigung für die Einführung der Arbeitslosenversicherung; das hat sich allerorts auf das klarste erwiesen. Insbesondere die einzelnen organisierten Arbeiter heute den Standpunkt ihrer Organisation teilen, will ich hier nicht näher untersuchen; wohl aber darf der Vermutung Raum gegeben werden, daß die etwa vorhandene Begeisterung für die Arbeitslosenversicherung auch bei ihnen in dem Momente bedeutend abflauen würde, wo ihnen zugemutet würde, an der Prämienzahlung für diese Versicherung teilzunehmen. Das ist auch durchaus begründet; denn in Wirklichkeit ist es ein Versuch, in dem der geringe Teil der Gesamtarbeiterklasse, der von der Gesamtheit der Arbeiter zu werden, überhaaupt be- droht wird. Abweichen von den Saisonarbeitern, be-

denen es von vornherein zweifelhaft ist, ob für die regelmäßig wiederkehrenden Perioden der mangelnden Arbeitsgelegenheiten die Arbeitslosenversicherung einzutreten hätte — sind es fast ausschließlich unruhige, fluktierende Elemente oder solche mit mindervertiger Arbeitsleistung. Die anderen werden von ihren Arbeitgebern auch während der schwierigsten Zeiten nicht entlassen, sondern, wenn auch unter großen Opfern, weiterbeschäftigt. Das haben die letzten Jahre einer fast krisenhaften Konjunktur erwiesen, und das darf die deutsche Arbeitgeberchaft mit Recht als ein Verdienst für sich in Anspruch nehmen. Ob es allerdings nach Einführung einer allgemeinen Arbeitslosenversicherung noch ebenso bliebe, erscheint mehr als fraglich. Daß aber dieser weitestgehende Teil der Arbeiter, der mit 99 Proz. kaum zu hoch eingeschätzt wird, an der Einführung der Arbeitslosenversicherung kein persönliches Interesse haben kann und auch nicht hat, liegt auf der Hand. Man wird mir natürlich sofort den Einwurf machen, wie es denn bei dieser Sachlage komme, daß gerade die Arbeiterorganisationen, und unter diesen wieder die sogenannten „freien“, richtiger sozialdemokratischen Gewerkschaften, sich so sehr für die Arbeitslosenversicherung ins Zeug legen. In der Tat könnte dies auf den ersten Blick auffallend erscheinen; denn die Gewerkschaften haben größtenteils jetzt schon für ihre Mitglieder eine Arbeitslosen-Unterstützung eingeführt und würden dieses für sie werdende Moment anscheinend verlieren, wenn eine allgemeine Arbeitslosenversicherung eingeführt würde. Hierauf ist zu erwidern, daß die Gewerkschaften auch keineswegs für die Einführung einer allgemeinen Arbeitslosenversicherung, sondern nur das „Genter System“ plädieren, eine Versicherung also, deren Träger auch in Zukunft ausschließlich die Gewerkschaften wären, und die somit die Anziehungskraft dieser Organisationen eher noch vermehren würde. Des Pudels Kern aber liegt darin, daß die Gewerkschaften in der Arbeitslosenversicherung ein weiteres Mittel zur Bekämpfung und Vernichtung des Arbeitgeberstandes erblicken. Ist es aber einmal so weit, dann sind die Arbeitgeber der einzigen Waffe beraubt, die ihnen jetzt noch in den von den Arbeiterorganisationen ihnen aufgedrungenen Kämpfen zu Gebote steht.

Wenn also angesichts dieser enormen Entwicklungs- und Ausmaßigkeit der Arbeitslosenversicherung die Arbeitgeber einmütig den Standpunkt des „widerstehe von Anfang an!“ einnehmen, so ist diese Stellungnahme ein Ausfluß der ursprünglichsten und gewaltigsten menschlichen Eigenschaft, nämlich des Selbsterhaltungstriebes.

Aber auch Optimisten, die an die Möglichkeit solcher Konsequenzen einstweilen noch nicht glauben wollen, werden sich, ganz abgesehen von der neuen steuerlichen Belastung, zum mindesten die Frage vorlegen müssen, ob es im Interesse der Allgemeinheit liegt, die sozialdemokratischen Gewerkschaften, welche ungefähr vier Fünftel aller organisierten Arbeiter umfassen, zu stärken und zu fördern. Denn man darf nie aus den Augen lassen, daß sich die Bestrebungen der Sozialdemokratie nicht nur gegen die Arbeitgeber, sondern vor allem gegen die bestehende Gesellschaftsordnung, gegen das Fundament des Staates richten. Daß aber diese Gewerkschaften von der Arbeitslosenversicherung eine Stärkung und Förderung erhoffen, dafür bietet den besten Beweis gerade der Umstand, daß sie so intensiv für ihre Einführung arbeiten. Dies allein schon sollte denen, deren Amies es ist, für das öffentliche Wohl zu sorgen, zu denken geben; denn daß die Organisationen aus purer Nächstenliebe eine Sache betreiben, die ihnen nicht nützlich oder gar schädlich wäre, das werden sie wohl selbst nicht behaupten und kann ihnen füglich auch nicht zugemutet werden. Die Stärkung und Förderung würde zunächst in der Anziehungskraft bestehen, die die Gewerkschaften als Träger einer staatlichen oder kommunalen Einrichtung, also als gewissermaßen offizielle Institutionen, an und für sich schon ausüben würden, ferner aber in dem Umfange, daß mit der Zeit immer mehr Gelder, die jetzt für Arbeitslosenunterstützungen verausgabt werden müssen, durch Leistungen der Allgemeinheit ersetzt und für die wirtschaftlichen und politischen Kampfbzwecke der Organisationen frei werden würden. Hieran kann auch der Umstand nichts ändern, daß das Bestehen einer derartigen Absicht gelegentlich wird. Nicht unterlassen möchte ich es, auf den demokratisierenden Einfluß hinzuweisen, den die Arbeitslosenversicherung wenigstens auf einen Teil der Arbeiterchaft ausüben werde. Leider gibt es eben eine große Anzahl von Menschen, die lieber in Müßiggang schlecht leben, als durch Arbeit ihre Lebenshaltung zu verbessern.“

Der Redner kommt zu dem Ergebnis, daß lediglich die Gewerkschaften und die qualitativ minderwertigen Arbeiter ein Interesse an der Arbeitslosenversicherung hätten. Es ist nicht der Mühe wert, auf die „Gründe“ des Herrn Frohmel einzugehen, wir haben sie nur zum Abdruck gebracht, weil sie den Gedankenkreis des Unternehmers in dieser Frage widerspiegeln. Das gesunde Prinzip, das einer Versicherung gegen die wirtschaftlichen Folgen der Arbeitslosigkeit zugrunde liegt, wird sich durchsetzen allen Widersachern und Widerständen zum Trotz.

Worte, die in den Wind gesprochen sind. Der bayerische Industriellenverband hielt vor kurzem in München seine neunte Hauptversammlung ab, auf der der Syndikus des Verbandes Dr. Puhl eine Rede hielt gegen die Sozialpolitik und die Arbeiterorganisationen. Der Redner beklagte die Einflußlosigkeit der Industriellen im öffentlichen Leben und die Überlastung der Industrie durch die Sozialpolitik. Um die Belastung der Arbeiter durch die schwarzblaue Steuer- und Zollpolitik kümmerte er sich natürlich nicht, im Gegenteil verlangte er Schutz der Arbeitgeber gegen die unberechtigten Forderungen der Arbeiter und gegen den Terrorismus der Gewerkschaften. Beim nachfolgenden Festmahl im Regina-Palasthotel hielt Ministerpräsident v. Bodewitz eine kurze Rede. Er sprach von den wachsenden Aufgaben des Reiches und der Bundesstaaten und fügte wie eine gutgemeinte Mahnung hinzu, es möchten die Männer, denen in unsrer heimischen Industrie die führende Stellung zukommt, stets getragen sein von dem Bewußtsein der Verantwortlichkeit auch gegenüber dem Gemeinwohl.“ Bodewitz war es auch, der am 13. Januar 1910 im bayerischen Landtag der Sozial-

demokratie das Zeugnis ausgestellt, daß sie das soziale Gewissen der Öffentlichkeit geistig hat.

Der Versuch des Herrn Ministers, das soziale Gewissen der Unternehmer zu schärfen und ihnen ein Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber dem Gemeinwohl einzupflanzen, wird wohl erfolglos bleiben. Die Herren vom Geldsack werden höchstens darüber lachen; vielleicht glauben sie nicht einmal, daß die Mahnung ernst gemeint ist.

Gerichtliches.

Mangel an Verständnis und Mangel an Gefühl muß man dem Dresdener Gerichte zum Vorwurf machen, das vor kurzem einen wandernden Schlachtergefelten, der gefochten hatte, zu einer Haftstrafe und zur Ueberweisung an die Landespolizeibehörde verurteilt hat, trotzdem der Innungsoberrichter das Fechten nicht als Betteln ansehen wollte. Der Angeklagte, ein Schlachtergefelte, befand sich auf der Wanderschaft und war nach dem Vogtlande gekommen, um Arbeit zu suchen. Er fand keine Arbeit, wanderte deshalb nach Dresden, wo er, da er über Erntemittel nicht verfügte, bei den Fleischermeistern „ansprach“ und auch Unterstüfungen erhielt. Hierbei wurde er von der Polizei abgefaßt und sollte sich nunmehr wegen Bettelns und Landstreichens vor Gericht verantworten. Er ließ den stellvertretenden Fleischeroberrichter Richter als Sachverständigen laden. Er selbst stellte entschieden in Abrede, sich des Bettelns und Landstreichens schuldig gemacht zu haben und betonte, daß er habe wandern müssen, um Arbeit zu erhalten; das sei kein Landstreichern. Auch gebettelt habe er nicht, sondern nur bei den Meistern vorgesprochen. Obermeister Richter erklärte, man könne das Ansprechen nicht als Betteln ansehen. Es sei zumstgenäh, daß die Gefellen bei den Meistern vorprächrten und um Arbeit anfragen. Wenn der fremde Fleischergefelte keine Arbeit erhalte, so lasse ihn der Meister nicht wieder von daheim ziehen, ohne ihm ein Geschenk, sei es in Gestalt von Schwaren oder eines Geldstückes gegeben zu haben. Auch er, der Obermeister, habe auf seiner jahrelangen Wanderschaft diesen alten zumstgenäh den Handwerksbrauch geübt. Der fremde Gefelle gebe, wenn er in eine fremde Stadt kommt, zunächst auf die Herberge, wo täglich durch den Sprechmeister der Innung Arbeit nachgewiesen würde. Es sei richtig, daß Gefellen, die im Besitze eines Wanderbuchs seien, bevorzugt würden. Aber nicht alle Gefellen hätten ein solches, meistens nur diejenigen, die ihre Lehrzeit bei einem Innungsmeister verbracht oder mindestens ein Jahr bei einem solchen gearbeitet hätten. Auf dem Lande hingegen sprächen die Gefellen meistens bei den Meistern vor und fänden auf diese Weise Stellung. Das Gericht sprach den Gefellen zwar vom Landstreichens frei, verurteilte ihn aber trotz des Gutachtens des Innungsoberrichters wegen Bettelns zu zwei Wochen Haft und zur Ueberweisung an die Landespolizeibehörde.

Welcher Tiefstand in der Anschauung über Arbeit offenbart sich in solcher Rechtsfällung. Sie mahnt an die jenes reichen, aus dembeutel seines Vaters ernährten Messers, der einen Streikfondssammler wegen Bettelns verurteilte.

Vom Ausland.

Oesterreich. In Wiener-Neustadt sind die Werkstellen Rorb & Leitner, Hohly & Grabes gesperrt.

Die Firma Josef Saurwein in Innsbruck ist für Maler, Anstreicher und Gerbter gesperrt.

Schweiz. Gesperrt sind die Firmen: Dossenbach in Baar, Felschlin in Zug, Bruhmänn in Steckborn und das Waldsanatorium in Arosa.

Die jährliche Generalsammlung der Amerik. Fed. of Labor tagte in der Stadt St. Louis und war von den Nationalverbänden, den Staats- und Stadtorganisationen zahlreich besucht. Ausländische Organisationen waren nur durch England und Kanada vertreten, während von der Generalkommission Deutschlands eine Begrüßungsdepeche eingelassen war. Unter den Delegierten befand sich auch Viktor Berger aus Milwaukee, der bei der letzten Wahl als erster Sozialdemokrat ins Abgeordnetenhaus der Vereinigten Staaten Nordamerikas gewählt worden ist. Zwanzig Jahre zurück tagte die Fed. of Labor ebenfalls in St. Louis in der alten Zurnhalle, die im Bürgerkrieg 1861 zur Abschaffung der schwarzen Sklaverei das Hauptquartier der freiwilligen Turnerregimenter war. Damals war die Generalsammlung von 51 Delegierten besucht und nahm folgende Prinzipienklärung an:

„In allen Ländern der zivilisierten Welt geht ein Kampf vor sich zwischen den Unterdrückten und den Unterdrückten aller Nationen, ein Kampf zwischen den Kapitalisten und den Arbeitern, welcher von Jahr zu Jahr intensiver wird, und welcher schlimme Folgen nach sich zieht für die arbeitenden Millionen, wenn sich dieselben nicht zu gegenseitigem Schutze vereinigen und ihre Interessen wahren. Es liegt deshalb an den Vertretern der Trades und Arbeiter-Unionen von Amerika, solche Maßregeln zu ergreifen und solche Grundzüge unter den Handwerkern und Arbeitern zu verbreiten, welche geeignet sind, sie dauernd zu vereinigen, und die Anerkennung der Rechte zu erzwingen, zu denen sie billigerweise berechtigt sind.“

Diesmal sind über 500 Delegierte anwesend gewesen, darunter mehrere Frauen; das fortschrittliche Element war stark vertreten. Die Hauptpunkte bilden die Berichte der leitenden Beamten, die bekanntlich viel Zeit in Anspruch nehmen.

In seinem Jahresbericht führte Präsident Samuel Gompers folgendes aus:

„Während auf unserer ersten in Pittsburg abgehaltenen Konvention nur sechs internationale Unions und einige Ortsgewerkschaften vertreten waren, zählte die American Federation of Labor am Schlusse des am 30. September 1910 abgelaufenen Jahres 120 internationale Verbände, 39 Staats-Zentralkörper, 632 städtische Zentralkörper, 431 Ortsgewerkschaften und 216 andere Verbände. Im Berichtsjahre gewährte die American Federation of Labor insgesamt 334 Charters; da-

von entfallen zwei auf internationale Verbände, einer auf einen Staats-Zentralkörper, 83 auf städtische Zentralkörper, 152 auf Ortsgewerkschaften und 96 auf andere Verbände. Den internationalen Verbänden sind rund 28 000 Totals angeschlossen. Wie sich aus den Berichten der internationalen Verbände ergibt, stellten dieselben im letzten Jahre 2157 Charters aus und erhöhten die Zahl ihrer Mitglieder um 218 229.

Im letzten Jahre hatte die American Federation of Labor durchschnittlich 1 561 151 Mitglieder; damit kam sie wieder ihrem höchsten Mitgliederstande von 1907-08 nahe. Die Lücken, welche die Krise seitdem in unsere Reihe gerissen, sind demnach wieder ziemlich ausgeglichen.

Die Nebenart von der „Engherzigkeit der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung“ kurzisiert als „wertvoll in allen Kreisen der gesellschaftlichen, politischen und moralischen Reformen, welche die Welt in kurzer Zeit von Grund aus umgestalten wollen. Unsere Kritiker vergessen, daß die American Federation nur bestimmte Zwecke verfolgt. Eine Gewerkschaft ist nicht dazu da, auf alle bürgerlichen, gesellschaftlichen und politischen Wandlungen Einfluß auszuüben. Vor allem hat sie die Aufgabe, den Arbeitern den Wert der Organisation und der Disziplin vor Augen zu führen und ihren Mitgliedern klar zu machen, daß sie sich nur erreichbare Ziele stecken und von allen sozialen, den Bestand des Arbeiterbundes gefährdenden Problemen fernhalten müssen. Zahllose theoretische Sozialreformer haben ihre utopischen Ideen vergeblich den Massen angeboten, deren gesunder Sinn sich dagegen sträubte, sich in den Dienst der Träumereien stellen zu lassen.

Allezeit sieht sich die Gewerkschaftsbewegung gezwungen, dem politischen Problem gegenüber tatkräftig vorzugehen, ohne sich an irgendwelche starre Lehre, an einen „ismus“, eine „Loge“ oder an eine Plattform zu binden. Selbst die beste von diesen Theorien könnte gar bald zur Schwäche führen, indem sie die schwer errungene Einigkeit der Massen bedroht. Tatsächlich sind schon verschiedene amerikanische Gewerkschaftsbewegungen untergegangen, weil sie aus klaren und zielbewußten Berufsorganisationen in politische Parteien mit Plattformen, die auf den Stimmengang berechnet sind, mit Tagesberühmtheiten als „Bannerträger“, umgeformt wurden. Die Massen der amerikanischen Gewerkschaftsmitglieder und die Veteranen der American Federation of Labor haben aus den Erfahrungen der Vergangenheit die Lehre gezogen, daß sie nur den scharf umgrenzten und erprobten wirtschaftlichen Mitteln der Gewerkschaftsbewegung Vertrauen entgegenbringen und zu dem Wahlzettel nur insofern ihre Zustimmung nehmen, als sich mit aller Bestimmtheit die Erzielung der gewünschten Resultate voraussagen läßt. Die politischen Forderungen, die wir durchsetzen wollen, müssen von vornherein wegen ihres Charakters die Arbeiter veranlassen, bei den öffentlichen Wahlen gleichmäßig zu stimmen. Steht man aber von solchen Fällen ab, so sind politische Parteien und Persönlichkeiten für die Gewerkschaften bedeutungslos.

Von ihrer gegenwärtigen Stellung aus ist die American Federation of Labor in der Lage, ihre Fühler über den ganzen Kontinent hin auszustrecken und sich Geschlossenheit darüber zu verschaffen, inwiefern der Stimmzettel geeignet ist, bei der Förderung der Wohlfahrt der Arbeitererschaft zweckdienlich Verwendung zu finden. Die Unterstützung, die gewisse radikale politische Parteien in anderen Ländern von den Gewerkschaften erfahren, ist keineswegs einer Billigung der theoretischen Programmforderungen gleich zu achten, sondern vielmehr darauf zurückzuführen, daß die Gegenwartsforderungen dieser Parteien den Bedürfnissen der Arbeiter entsprechen.

Nicht unnützig sind die Beziehungen der American Federation of Labor zu deren verschiedenen Departements. Daher kann ich nur empfehlen, in dem weiteren Ausbau der Industrieverbände fortzuführen.

Nachdem er die Lage der in der Eisen- und Stahlindustrie beschäftigten Arbeiter, die beiden großen Ausstände in der New Yorker Konfektion und den Bergarbeiterausstand keine passieren ließ, erklärt Compers den Rückgang in der Zahl der neugecharterten internationalen Verbände aus dem Umstande, daß die American Federation of Labor nunmehr über einen bedeutenden Fonds zur Unterstützung der ihr angegliederten selbstständigen Unions verfügt.

Was der Bericht über die Gesetzgebung des Kongresses, über die Arbeiterschutzgesetze, über die Anwendung des Anti-Trustgesetzes und die Erlassung von Erhaltungsbefehlen gegen die Gewerkschaften enthält, ist ebenso wenig neu wie die Ausführungen über das auf Betreiben der Wadsworth & Range Co. gegen Compers, Mitchell und Morrison wegen Mißachtung eines richterlichen Urteils eingeleitete Strafverfahren, über die von Loewie & Co. zu Danbury gegen die Hutmacher, von A. D. Sitomer gegen die New Yorker Wollwäckerinnen und verschiedene Gewerkschaften angestrengten und von C. W. Post von Battle Creek gegen Compers, Mitchell und Morrison nach dem Friedensschluß mit der Wadsworth & Range Co. aufgenommenen Verfahren. Dabei führt Compers bittere Klagen gegen die tendenziöse Rechtsprechung wider die Gewerkschaften.

Nach einer Besprechung der Kinder- und der Strafingssache, der Einwanderung im allgemeinen und der jetzigen der Mongolen im besonderen, der Haftpflichtgesetzgebung und der Verfassungen der jüngsten Staaten gelangt Compers zu „dem praktischen politischen Vorgehen der Arbeitererschaft.“

„Selbst“, sagt er, „die American Federation of Labor in höherem Grade in die Politik der Vereinigten Staaten eingriff, konnten wir zu unserer Genugung machen erbitterten Gegner des Fortschritts der Arbeiterbewegung aus seinem öffentlichen Amt verdrängen. Der Sprecher Cannon wurde von dem Repräsentantenhaus eines Teiles seiner Macht entsetzt. Es hat die Arbeiterbewegung in Californien, Washington, Oregon, Kansas, Iowa, Minnesota, Wisconsin, New York, Maine, aber auch in den übrigen Teilen der Vereinigten Staaten gar mancherlei Erfolge zu verzeichnen.

Nachdem die Konvention zu Toronto entschieden hatte, daß sich die American Federation of Labor dem internationalen Gewerkschaftssekretariat anschließen, setzte ich mich mit dem internationalen Sekretär in Berlin ins Benehmen. Daraufhin wurde die American Federation of Labor dem internationalen Sekretariat angeschlossen.

Der umfangreiche, fetten zwischen dem internationalen Sekretär Karl Legler und mir geführte Briefwechsel befaßte sich unter anderem mit der Verwaltung der durch das internationale Sekretariat zur Unterstützung

von Ausständigen und Ausgesperrten aufgebracht Gelder, mit der von den Nationalverbänden gegen einander zu beobachtenden Haltung und mit den Maßnahmen, die zu ergreifen sind, um Arbeitgeber zu verhindern, aus fremden Ländern Streikbrecher zu beziehen.

Zum Schluß erwähnt Compers noch, daß die National Industrial Union of Textile Workers im Interesse der Industrial Workers of the World bei der Pariser internationalen Gewerkschaftskonferenz Protest gegen die Zulassung der American Federation zum internationalen Gewerkschaftssekretariat erhob mit der Begründung, daß die I. W. U. als die einzige amerikanische bona fide Arbeiterorganisation allein zum Anschluß an das internationale Gewerkschaftssekretariat berechtigt sei.

Sekretär Morrisons Bericht läßt ersehen, daß sich am Schluß des Fiskaljahres \$ 182 914.96 im Schatze der Federation befanden. Die Einnahmen betrugen in dem mit dem 30. September beendigten 12 Monaten \$ 193 470.84, die Ausgaben \$ 177 859.34. Compers bezieht ein Salär von \$ 5000, Morrison ein solches von \$ 4000. Es wurden während des Jahres Charters für 334 Unionen bewilligt. Nach Berichten von 80 internationalen Organisationen und einer Anzahl Lokal-Unions haben 827 Streiks stattgefunden, an welchen 341 448 Arbeiter beteiligt waren. Die Kosten der Streiks betrugen \$ 3 727 277.68, welche Summe mit Einrechnung der Schenkungen, die von Lokal-Unionen andern Unions gemacht wurden, um den Streikenden Beistand zu leisten, sich im ganzen auf \$ 3 860 944 erhebt. Von den 827 Streiks wurden 470 gewonnen, 84 durch Kompromisse beigelegt, 62 verloren und 259 sind noch im Gange.

Verschiedene Grenzfreigebheiten nahmen Lage in Anspruch und in den meisten Fällen wurde die Erledigung der bestehenden Wirren der „Neuen Exekutivbehörde“ überwiesen. Eine große Anzahl Resolutionen fanden ihr Grab schon vor dem Komitee und nur wenige kamen zur allgemeinen Debatte. Dem Verband der westlichen Kohlen- und Erzgruben wurde nach längerer Verhandlung Anschluß gewährt. Vertreter für England, Kanada und zum internationalen Gewerkschaftskongreß im Jahre 1911 in Budapest wurden erwählt; als letzterer fungiert Vizepräsident A. Duncan, der beauftragt wurde, für einen internationalen Verband der Gewerkschaften aller Länder einzutreten. Die Stadt Atlanta, die Königin der Städte im Süden, war Siegerin, wo im nächsten Jahre die Generalversammlung stattfindet. Die bisherigen Funktionen mit C. Compers als Vorsitzenden wurden einstimmig wiedergewählt.

Wie ich in meinem letzten Berichte mitteilte, wurde von unserer Exekutivbehörde über die Aufnahmegebühren der zugereisten Kollegen eine Entscheidung abgegeben, die zum Schaden der organisierten Kollegen Europas war und nicht in Einklang mit dem Statut steht. Die deutsche Filiale Nr. 499 hatte Protest dagegen erhoben, der seine Wirkung nicht verfehlte. Alles bleibt beim alten und die Fremdenhasser sind wieder abgeführt. Die Mitgliederzahl, d. h. der vollzahlenden, beträgt 71 556. Das Vermögen des Verbandes ist 102 618 Doll. Der Starbesondrs geht zurück pro Monat um 3 bis 4000 Doll., sein Stand beträgt nach 50 000 Doll. u. s.

Verschiedenes.

Das Völkergemisch in Amerika. New York hat seit 1900 um 1 329 681 Einwohner oder 33,7 Proz. zugenommen. Seine Einwohnerzahl beträgt nun 4,7 Millionen. Chicago, jetzt 2 Millionen Einwohner, rechnet damit, daß es in 20 Jahren infolge des Projektes eines neuen Wohnungsplanes eine Bevölkerungsziffer von 13 Millionen erreichen werde. Diese ungeheure Bevölkerungszunahme ist natürlich nur möglich durch die anhaltende Einwanderung, die ungefähr ein Drittel der Bevölkerungszunahme ausmacht. Das Verhältnis der Einwanderung zur Bevölkerungsvermehrung betrug in den Vereinigten Staaten:

1821 bis 1830	4,4 %	1861 bis 1870	24,2 %
1831 " 1840	14,2 "	1871 " 1880	24,2 "
1841 " 1850	20,9 "	1881 " 1890	42,1 "
1851 " 1860	30,4 "	1891 " 1900	27,0 "

Während es früher im wesentlichen aber nur Deutsche und Engländer waren, die nach Amerika wanderten, sind es heute Russen, Ungarn, Galizier und Italiener, wogegen das deutsche und englische Element unter den Auswanderern immer mehr zurückgeht. Vom Jahre 1851 bis 1905 befanden sich unter der Gesamteinwanderung in Amerika:

	Deutsche	Engländer	Russen	Italiener	Oesterreich-Ungarn
1851-1860	917 770	1 298 552	21	3 668	—
1861-1870	821 214	1 082 440	4 650	12 211	7 794
1871-1880	718 182	984 850	52 254	55 782	72 969
1881-1890	1 452 970	1 462 674	250 116	307 310	353 722
1891-1901	505 152	659 887	505 200	651 893	592 707
1901-1905	176 995	385 253	658 735	959 768	944 239

Die Rassenpolitiker sehen in diesem großen Zustrom slavischer Elemente und in der gleichzeitigen Abnahme der deutschen und englischen Einwanderung eine große „Gefahr“ für Amerika. Wie sehr diese Rassenfanatiker auf dem Holzwege sind, geht schon daraus hervor, daß nach einer Reihe von Jahren diese verschiedenen Rassen selbst äußerlich kaum mehr zu unterscheiden sind: so haben Klima, Arbeit, Lebensweise, die Sitten usw. geändert und gleichgemacht oder gleiche Rassenangehörige, je nach dem wirtschaftlichen oder sozialen Niveau, das sie erreichten, unterschrieben. Ein amerikanischer Gelehrter hat sogar die Behauptung aufgestellt, die aus allen Rassen gemischte amerikanische Rasse entwickle immer mehr einen festen Typus, der den Ureinwohnern ganz ähnlich sei — den Indianern!

Fachtechnisches.

Patentsachen. Vom Patentbureau O. Krueger & Co., Dresden, Schloßstr. 2. Wochenschriften billigt. Auskünfte frei.

Allgemeines Patent: Nr. 42n. N. 44337. Vorrichtung zum Analysieren von Farbenmischungen. Moiss Aubriet, Breau, Mähren. Aug. 20. 4. 10.

Erteilte Patente: Nr. 75a. 229622. Farbherstüber, bei dem die Luft- und die Farbdüse, sowie der Farbbehälter gemeinsam

ausgewechselt werden können. Clemens Graaff, Berlin und Hans Mikorek, Schöneberg. Pat. 4. 3. 09. Nr. 75a. 229623. Farbbehälter mit drehbar gelagerten Mischflüssigkeit zum Mischen der dem Pinsel zuzuführenden Farbflüssigkeit. Gg. Heinz Fischer, Neustadt, Saardt. Aug. 27. 7. 09.

Fachliteratur.

Malmaterialienkunde als Grundlage der Maltechnik für Kunststudierende, Künstler, Maler, Lackierer, Fabrikanten und Händler von Prof. Dr. H. Sibner, Leiter der Versuchsanstalt für Maltechnik an der Technischen Hochschule in München. Verlag von Julius Springer in Berlin N. 24, Monbijouplatz 3. Preis 12 Mk., geb. 13,60 Mk. Von den modernen maltechnischen Werken steht das vorliegende, auf das wir bei seinem Erscheinen schon hingewiesen haben, unstreitig mit an erster Stelle. Dem genannten Verfasser genügt nicht nur eine Beschreibung der Herstellung, Eigenschaften und Analyse der Farben und Malmaterialien nebst Angaben über ihre Anwendung in den einzelnen Maltechniken zu geben, er vertritt auch den richtigen Standpunkt, daß hierbei die Kenntnis sowohl der chemischen als auch der physikalischen Eigenschaften der Farbstoffe und Bindemittel ein wichtiges Fundament bildet. Des weiteren hielt er es für notwendig, in seinem Werk nicht nur die Bedürfnisse der Künstler in erster Linie, sondern auch die der im Maler- und Lackierergewerbe stehenden Praktiker zu berücksichtigen. Aus diesem Grunde hat Dr. Sibner auf die ersten fünf Kapitel seines Werkes, die Einleitung, so große Sorgfalt gelegt. In leichtverständlichen Ausführungen werden die notwendigen chemischen und physikalischen Grundbegriffe erläutert und über die Entstehung und das Wesen des Lichts, der Farben und Farbstoffe zweckdienliche Aufklärungen gegeben. Sehr beachtenswert sind die Darlegungen über die Deck- und Lasurfarben, zur Nomenklatur der Malerfarbstoffe, über die allgemeinen Anforderungen, denen ein Malerfarbstoff zu entsprechen hat und über die Methoden der qualitativen und quantitativen Prüfung der Anstrichfarbstoffe.

Der nun folgende erste Teil behandelt eingehend die Farbstoffe und zwar die natürlichen anorganischen Farbstoffe, die künstlichen anorganischen Normalfarbstoffe, die künstlichen mineralischen Nichtnormalfarbstoffe, gesundheitschädliche bzw. giftige mineralische Malerfarbstoffe, organische Normalfarbstoffe, organische Nichtnormalfarbstoffe und die Teerfarbstoffe. Bei der Abhandlung über das Bleiweiß betont der Verfasser wohl die große Gefährlichkeit des trocknen Bleiweißes, wenn er aber auf Seite 123 ausführt, daß die Giftigkeit des Bleiweißes bei seiner Verwendung als fertige Lackfarbe kaum noch in Frage kommt, so ist das nicht zutreffend, die Statistiken der Malerkrankenanstalten wie auch die Feststellungen von ärztlicher Seite beweisen das Gegenteil.

Der zweite Teil befaßt sich in 22 Kapiteln mit der Beschreibung der Bind- und Bedeckungsmittel, der Malweisen, Malgründe und Grundierungen, und zwar, wie es auch im ersten Teil geschah, in übersichtlicher Ordnung. Zur Vorbereitung kommen die mineralischen und organischen Bindemittel, die Temperabindemittel, die in der Malerei verwendeten Öle, die Kohlenwasserstoffe, Firnisse, Wachs, Balsame, Harze, Lade, die Methode der Lackererzie, die Delmalerei und die Lackerei, Bilderlache, Stilkative, Malmittel und Malbutter. In dem Schlupkapitel wird noch behandelt: Die Malgründe und Grundierungen für Tafelmalerei in Öl, Sprung- und Mischbildung bei Ölgemälden, Bilderhygiene und Entwicklung der Technik der Delmalerei vom Mittelalter bis in die Neuzeit. Ein ausführliches Namen- und Sachverzeichnis ist dem ausgezeichneten Werke noch angefügt. Es war eine schwierige Aufgabe, die sich der Verfasser gestellt hatte, er hat sie glücklich gelöst und damit der deutschen Fachliteratur ein neues, hochbedeutendes Glied einverleibt.

Literarisches.

Politische Satyre. Soeben gibt der Bildungsanspruch unserer rheinischen und westfälischen Genossen in Kommissionsschritt von A. Gerlich, Dortmund, eine kleine Schrift heraus, die des allgemeinen Interesses sicher sein dürfte. Im Vorwort führt der Bildungsanspruch über die Motive, die ihn zur Herausgabe veranlassen, folgendes aus: „Die Zentralkommission der Bildungsvereine von Rheinland und Westfalen glaubt durch die Herausgabe der vorliegenden Gedichtsammlung des Genossen Dr. Rudolf Franz einen Wunsch zu tragen, der im Laufe der letzten Jahre in weiten Kreisen der deutschen Parteigenossen immer von neuem gekuhert worden ist. Die kleinen satirischen Gedichte des Genossen Franz, die zuerst meist im „Vorwärts“, der Dortmunder „Arbeiter-Zeitung“ und der „Bremer Bürger-Zeitung“ abgedruckt wurden, haben bei ihrem Erscheinen einen so allgemeinen und ungeteilten Beifall gefunden, daß der Wunsch zahlreicher Leser dieser Parteiblätter und alle der anderen Parteiblätter, die diese Gedichte später nachbrachten, vollumfänglich erfüllt, eine sachgemäße Auswahl dieser Gedichte auch gesammelt, zu einem kleinen Bändchen vereinigt, zu besitzen.“

Neben diesem Wunsch der Genossen war es dann aber auch vor allem eine von uns in unserer speziellen Bildungsarbeit gemachte Beobachtung, die uns zu der Herausgabe dieser Sammlung bestimmte: die Beobachtung nämlich, daß es bei festlichen Versammlungen der Arbeitererschaft (und zwar nicht nur bei uns in Rheinland-Westfalen, sondern überall in Deutschland) an geeignetem Vortragsmaterial auf dem Gebiete politisch-sozialer Satyre bisher fast völlig fehlte. Immer wieder wagen sich daher in Ermangelung von Besseren die vulgärsten Komikerstücke des plattesten bürgerlichen Lügels-Langschmucks in unsere Arbeiterkreise hinein! Und da wird nun ohne Zweifel das vorliegende Heftchen eine im Laufe der Zeit sehr sichtbar gewordene Lücke ausfüllen — um diese oft mißbrauchte Werbung auch hier zu wählen, wo sie ausnahmsweise einmal keine leere Redensart ist. Die Gedichte sind zugleich schlagkräftig und künstlerisch einwandfrei, und erfüllen so durchaus die Anforderungen, die man für den genannten Zweck zu stellen hat.

Unsere deutsche Arbeitererschaft muß erst lernen, die Waffe politischer und sozialer Satyre zu schwingen; hat sie das aber gelernt, so wird sie sehen, daß man auch

mit ihr dem Feinde tödliche Wunden zu schlagen vermögen.

Und so hoffen wir denn zuversichtlich, daß diese Sammlung, der unter Umständen weitere Sammlungen ähnlicher Art folgen sollen, bei der deutschen Arbeitererschaft, weit über die Grenzen Rheinlands und Westfalens hinaus, freudig aufgenommen werden wird.

Jeder Genosse kann überzeugt sein, mit diesem Heftchen seinem Freunde, seinem heranwachsenden Sohne, jede Genossin kann überzeugt sein, ihrem Manne mit diesem Heftchen eine dauernde Freude zu bereiten; der Preis ist, mit 30 Pf., so niedrig bemessen, daß auch ganz Arme sich in den Besitz der Gedichte setzen können.

Sämtliche Parteibuchhandlungen und Parteivorträge nehmen Bestellungen auf die Schrift entgegen.

Durch die Parteibuchhandlungen oder direkt vom Lager (H. Verisch, Dortmund, Rielstraße 5) sind auch die günstigsten Bezugsbedingungen für Organisationen zu erfahren.

„Die Lesef“, literarische Zeitung für das deutsche Volk, bewährt sich in ihren beiden letzten Wochenheften Nr. 37 und 38 wieder ganz besonders als das in seiner Art einzig dastehende Volksblatt, dessen Inhalt zum großen Teil aus wertvollen Literaturstücken besteht, die aus dem Leserkreis selbst (gegen Geldprämien) der Redaktion zum Nachdruck eingesandt und vorgeschlagen wurden.

Briefkasten.

H. W., Leipzig. Nachdem die Diskussion geschlossen, liegt kein Grund vor, von neuem die Geschichte anzuschneiden. Auf Deine Berichtigung hin würden andre

folgen, zudem haben auch bereits Mitglieder sich dahin erklärt, daß solchen öffentlichen Angelegenheiten kein zu weiter Spielraum gewährt werden dürfe.

Letzte Nachrichten.

In Grünstadt (Pfalz) wurden in der Möbelfabrik Seelberger 23 Kollegen ausgesperrt. Zuzug muß strengstens ferngehalten werden!

Bekanntmachung der Expedition.

In einer der nächsten Nummern wird das Inhaltsverzeichnis für 1910 beigelegt. Filialen, welche mehrere Exemplare wünschen, mögen dies rechtzeitig bekanntgeben.

Filialen oder Einzelmitglieder, die einzelne Nummern des „Vereins-Anzeigers“ ergänzen wollen, werden ersucht, die Bestellungen möglichst sofort zu machen, da wir nur noch im Januar für die Nachlieferung aller Nummern garantieren können.

Sterbetafel.

Bayreuth. Am 19. Dezember verschied unser lieber Kollege und Mitgründer der hiesigen Filiale Konrad Hopfmüller an der Proletariertuberkulose nach langem Kranklager schnell und unerwartet.

Vereinsteil.

Bekanntmachung.

Bericht der Hauptkasse vom 19. bis 24. Dezember 1910. Eingefandt wurden bei der Hauptkasse: Herford M. 100.—, Dresden 2000.—, Kroska 7.40.

Material wurde versandt: B. = Beitragsmarken. C. = Eintrittsmarken. Dresden 10 000 B. a 20 Pf.; Frankfurt a. M. 10 000 B. a 25 Pf.; Kolberg 1 B.; Trier 30 C.

Vom 6. November bis 3. Dezember gingen für ausbezahlte Krankenunterstützung Scheine ein: Nachen M. 64.05, Altenburg 71.25, Berlin 1385.45, Brandenburg 34.40, Braunschweig 53.95, Bremen 203.85,

Bremerhaven 15.50, Breslau 395.40, Deuthen 4.—, Cassel 260.35, Chemnitz 331.60, Coblenz 11.70, Coburg 79.—, Colmar 4.20, Gdm 227.60, Cottbus 21.—, Crimmitschau 7.25, Danzig 23.85, Darmstadt 341.10, Dessau 17.90, Dortmund 39.20, Dresden 166.—, Düsseldorf 68.15, Eisenach 79.—, Elberfeld 52.95, Erfurt 39.10, Schweige 101.—, Essen 111.75, Frankfurt a. M. 986.—, Friedberg 2.60, Gera 16.15, Gotha 176.05, Graudenz 6.70, Greiz 15.—, Guben 7.50, Halle 193.95, Hamburg 630.60, Hannover 235.20, Herford 6.50, Hilbesheim 2.10, Jena 12.50, Karlsruhe 72.40, Kiel 143.95, Landsberg 11.20, Leipzig 251.50, Lübeck 68.50, Magdeburg 191.50, Mainz 112.—, Mannheim 155.55, Marburg 8.40, Mühlhausen 7.60, München 201.40, Nowawes 42.75, Nürnberg 167.75, Paffau 10.50, Plauen 17.10, Regensburg 28.40, Reichenbach 3.60, Rostock 4.50, Saarbrücken 28.—, Schweinfurt 7.15, Spandau 97.45, Straßburg 64.50, Straßburg 53.60, Stuttgart 162.15, Tilsit 5.25, Weisbaden 60.65, Wittenberge 7.80, Würzburg 156.55 M. Einzelmitglieder 12.50 M. Summa 8655.60 M.

Sterbeunterstützung: Altenburg M. 10.—, Berlin 165, Breslau 85, Cassel 35, Colmar 10, Danzig 42, Darmstadt 60, Dresden 115, Elberfeld 20, Frankfurt a. M. 170, Freiburg 10, Gotha 35, Halle 70, Hamburg 105, Herford 10, Karlsruhe 30, Leipzig 90, Magdeburg 50, Mainz 10, Mannheim 10, Marburg 10, München 70, Nowawes 45, Straßburg 52, Stuttgart 20, Würzburg 10 M. Summa 1339 M.

H. Wentker, Kassierer.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Maler und verw. Berufsgruppen Deutschlands

Bericht der Hauptkasse vom 18. bis 24. Dezember 1910. Uberschüsse wurden von folgenden Verwaltungsstellen eingefandt: Rother-Adlerhof M. 100.—, Schneider-Freiburg i. B. 100.—.

Zuschüsse wurden an folgende Verwaltungsstellen abgefandt: König in Heilbronn M. 50.—, Hoffkulte in Essen 100.—, Räfte in Ludwigshafen 100.—, Sommer in Köln 300.—, Witzling in Würzburg 50.—, Staune in Bremen 150.—, Börner in Anstadt 100.—, Bartel in Göpenitz 100.—, Franz in Landau 100.—, Doll in Gmünd 70.—, Jahn in Gera 50.—.

Krankengelder erhielten: Buchn. 5505 C. Lohmann in Cassel M. 13.50, Buchn. 7699 F. Hartmann in Hofheim 13.50, Buchn. 5478 E. Hottenrodt in Cassel 13.50, Buchn. 22460 Fr. Schradler in Worms 15.75, Buchn. 5595 C. Gerkung in Cassel 20.25, Buchn. 28028 F. Anders in Breslau 13.50, Buchn. 38167 W. Bieltz in Neu-Ruppin 13.50, Buchn. 6763 C. Lehmann in Friedrichswalde 13.50, Buchn. 5507 F. Kuno in Cassel 13.50, Buchn. 35856 B. Vogel in Mühlheim (Aubr) 10.—, Buchn. 16279 P. Thurm in Steinpleiß 14.30, Buchn. 34045 H. Reichenstein in Posen 13.50, Buchn. 32008 H. Großmann in Poppo 13.50, Buchn. 24864 R. Langer in Breslau 13.50, Buchn. 17686 H. Gräßler in Zwickau 13.50.

F. Waryke, Hauptkassierer.

Anzeigen.

Richard Jung

Maler aus Dänemark (Wanderbuch 9955), möchte seine Adresse sofort nach Langenwehen-dorf bei Greiz an Johanne Jung schicken oder selbst kommen.Adr.: Karl Malinström, Tapezierer.

I. Münchener Holz- u. Marmorschule

und Schriftenmalerei Wilhelm Klingelmann, München Prospekto gratis Liebigstr. 22 Prospekto gratis

Malerschule Buxtehude Größte Schule für Dekorationsmaler. 1907 wieder goldene Medaillen und Ehrenpreise. Prosp. gratis durch die Direktion.

Abendkursus in Holz- und Marmor malen

Montags, Mittwochs, Freitags abends 7-10 Uhr Sonntags 8 1/2-12 Uhr. Monat 11 Mk. Schrift (Speziallehrer), Monat 2 Mk. A. Clauss, Altona, Allee 228, nahe Flora.

Nicht Worte sondern Taten der Spezialschule „Schott“ beweisen die Möglichkeit der gründlichen Erlernung von 6 Holz- od. 4 Marmorarten, einschliesslich flotter Kernpartien etc., sowie Kreuzfugen u. mod. Einteilungen der Füllungen und Friese m. Intarsien u. Lackpolierungen für die Praxis nach neuer selbsterfunder Unterrichtsmethode, selbst bei Minderbegabten, in 1 Monat. Nur Ueberzeugung macht wahr! Jeder, auch Nichtreflektant, verlange den neuen illust. Prospekt (Buchform) mit höchst prämierten Schülerarbeiten von 1910 gratis u. franko von Fr. Schott, Spezialschule für Holz-, Marmor- u. zeitgem. Maltechniken, Schwerin i. M. 5.

Malerschule zu Hamburg Wilhelm Schütze, Beim Strohhause 12 Reich illustr. Prospekt gratis Tagesschule: Moderne Dekorationsmalereien. In einem Monat gründl. prakt. Ausbildung in 25 verschiedenen prachtvollen Wandbearbeitungen Monat M. 30.— Schriftmalen: Abends: Dienstags } 7-10 Uhr } monatlich Sonntags: Freitags } von 9-12 Uhr } Mk. 6.— zusammen Mk. 33.—

Jeder intelligente Maler wird sich in seinem Interesse und im Interesse seiner Firma über die Fortschritte der einschlägigen Industrie orientieren. Prospekt über das rühmlichst bekannte Malers Fondin Mahler & Co., Bamberg 11 versendet gratis und franko

Die grossen Erfolge auch im letzten Semester bestehen darin, dass die Leistungen unserer Schüler auf verschiedenen Malertagen die höchsten Preise erhielten und heute schon zwei Herren die Berechtigung zum Einjährigen-Dienst erlangten. Schule für Holz- und Marmor malerei und moderne Techniken von Fr. Weiershausen & Co., Hamburg 5 Lindenstrasse 19. Unterricht vom 15. Oktober bis 15. März. Man verlange Prospekt

Unübertroffen blieben meine Holz- und Marmor malereien ohne Ausnahme auf allen Malertagen. Dieselben erhielten, wo sie ausgestellt waren, nur erste Preise oder die höchsten Auszeichnungen. Holz- und Marmorschule von G. Christen u. Hamburg 24 67 Ifflandstrasse 67 Prospekto über Tages- u. Abendschule gratis.

Schule für Holz- u. Marmor malerei Gustav Bendfeldt, Düsseldorf Kruppstrasse 111, III. Anmeldungen zu jeder Zeit.

50 bunte Malvorlagen Mk. 6.— Landschaften, Blumen, Frucht- und Seestücke etc. Ph. Brühl, Dessen i. Westf. Zentrum treffen Sie, wenn Sie unsere Oelporträts nach irgend einer Photographie vergrößert, künstlerisch nach patentiertem Verfahren hergestellt, an das Publikum zu 27.50 bis Mk. 100.— verkaufen. Jeder Mensch hat gern ein Oelbild von dem ihm Nahestehenden. Wir liefern Ihnen sprechend ähnliche Oelporträts 30/40 cm zu Mk. 10.—, andere Größen zu anderen entsprechenden Preisen. Einkauf Mk. 10 Verkauf Mk. 27.50 bis Mk. 100.— R. Swierzy, G. m. b. H., Berlin S 42, Oranienstrasse 70. Näheres gratis und franko.

Gratis und franko erhalten Sie d. künstl. reich ill. Prospekt d. Neuen prachtvoll. Schülerarbeiten vom kunstgewerblichen Institut für Maler (erste schweiz. Malerschule) H. Schmid-Engweiler, Zürich Porto n. d. Schweiz f. Briefe 20, Karten 10 Pf.

Für 1 M. (Porto 20 Pf. extra). 20 schöne Malvorlagen (Blumen, Früchte, Landschaften, Figürliches usw.), früh. Wert 8-10 M. Für 3 M. (Porto 50 Pf. extra). 20 schöne größere Malvorlagen (Blumen, Früchte, Landschaften, Anoreiten-Kompositionen, Figürliches usw.), früherer Wert 20-25 M. E. Haberland in Leipzig-R.

Krieg- en können Sie bei mir nichts umsonst, aber gut und billig, werden Sie bedient in Malerarbeiten, Farben, Lacken, Malfeln, Tubenfarben und Malkästen. Verlangen Sie Preisliste. G. Job, Nürnberg 5, Lehelgasse 13.

Maler-Mäntel, beste Qualität mit schrägen Taschen und Umlegeflappen. Nur eigenes Fabrikat. 110 120 130 140 cm lang jezt 2.90 3.10 3.25 3.40 M. Bösen 2.— M., Mützen 40 S., reinleinene Militär-Dress-Bösen und -Jacken à 3.— M., Extra-Größen 3.30 M. 11. Qual. 2. u. 3. billiger. Wir bitten Oberweite und Schrittlänge anzugeben. D. Wurzel & Co., Berlin, Brückenstraße 13, I. Der heutigen Nummer liegt die Nr. 51 des Korrespondenzblattes für die Bevollmächtigten unserer Filialen bei. Für die Redaktion verantwortlich M. Marx, Hamburg, Schmalenbekerstraße 17. Verlag von H. Wentker, Hamburg 22. Druck von Friedrich Meyer, Hamburg 23.